

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stianingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weissenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigespaltenen Beilagen oder deren Raum 30 A.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Allen Verbandskollegen sowie
allen Freunden und Genossen ent-
bieten wir unseren

Herzlichsten Glückwunsch
zum neuen Jahre.

Die Redaktion und Expedition des „Grundstein“.
Der Verbandsvorstand.

Zum Jahreschluss.

Mit gemischten Gefühlen blicken wir auf das abgelaufene Jahr zurück. Dem Arbeiterpolitiker gab es wenig Ursache zur Zufriedenheit, viel weniger zu Dank und Lob. Wohl aber täuschte es manche Hoffnung und rief manche Befürchtungen wach. An seinem Anfange war es noch lichter Tag im Erwerbsleben, aber bald sank die Sonne, tiefer und tiefer. Jetzt hat sich der lichte Tag geneigt und es will Abend werden. Schon dunkelt es, die Nebelmäule schwirren durch die Luft, und das Nachtgetier streicht beutelüstern um die Höfe.

In der Politik war 1907 ein Jahr, das mitzählt. Durch die von der Regierung mit Absicht herbeigeführte Auflösung des Reichstages waren Neuwahlen nötig geworden. Sie vollzogen sich unter einer völlig neuen Parteikonstellation: in der Opposition Sozialdemokratie, Zentrum und Polen, bei der Regierung Konservative, Nationalliberale und — Freisinnige. Die Regierung erreichte ihr Ziel: eine Blockmehrheit, die ihr die Fortführung ihrer kulturfeindlichen Kolonialpolitik und ihrer unheilvollen, hin- und herpendelnden Weltpolitik gestattete. Heute weiß man, was die Regierung zur Auflösung des Reichstages trieb, nämlich die Furcht vor der heranrückenden Krise. Daß das eigentliche Jahr der Erneuerung des Reichstages, 1908, im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges stehen würde, konnte sich jeder sagen, der halbwegs Bescheid weiß. Und solche Zeiten mit Arbeitslosigkeit, mit knappem Verdienst, sind einer Regierung wie der unseren besonders bei den Wahlen sehr gefährlich. Darum wurde der Konflikt mit der Reichstagsmehrheit künstlich herbeigeführt, ehe wieder die Massennot durchs Land schritt und ehe die agrarische Wirtschaftspolitik ihre ganze volksanhungernde Wirkung äußern konnte. Aber auch so konnte die Regierung nur dadurch siegen, daß sie sich der im Reichstagsverband organisierten politischen Korruption in die Arme warf. Aus dieser Paarung des Absolutismus mit einer politischen Camorra entstand der würdige Sproß: der konservativ-liberale Block.

Das wichtigste Ergebnis der Wahlen war der große Mandatsverlust der Sozialdemokratie. Daß der übrigens eintreten konnte, obwohl sich die sozialdemokratischen Stimmen um eine Viertelmillion vermehrten, ist ein Beweis dafür, wie weit auch noch das Reichstagswahlrecht davon entfernt ist, ein Parlament zu gewährleisten, das ein richtiger Ausdruck des Volkswillens ist. Eine Folge dieses Wahlausfalles war der Sturz des „Ministers für Sozialpolitik“, des Grafen Potjomski. Nichts kann den neuen Kurs besser kennzeichnen als die unter so wenig gebräuchlichen Formen erfolgte Entlassung des einzigen Staatssekretärs, dem man eine gründliche Kenntnis der sozialen Zustände und auch

ein leidliches Verständnis für die Arbeiterbewegung nachrühmen konnte. Die sozialpolitischen Flöten, die während der Wahlzeit aus allen Lagern des Blocks ertönten, schweigen nun längst wieder. Der neue Herr im Reichsamt des Innern, v. Bethmann-Hollweg, liebt es zwar, gelegentlich über soziale Fragen zu dozieren, er beweist damit jedoch nur, daß er ein vielgewandter Mann ist; denn er war es, der vor zwei Jahren das preussische Wahlrecht damit verteidigte, daß es die Kräfte auslöse, „die nach oben ziehen“. Das bezieht sich auf das ostelbische Junkertum! Natürlich haben die Arbeiter bei solcher Auffassung von der Bedeutung der einzelnen Volksklassen keine sozialpolitischen Großtaten zu erwarten. Das beweist auch der Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes, und das beweisen die Aeußerungen Bethmann-Hollwegs über seine Absichten für die „Reform“ des Krankenversicherungsgesetzes. Es werden Gaben sein, die die Arbeiterschaft mit dem Speer, Spitze gegen Spitze, empfangen muß. Was dann noch an dem vollen Bilde der neureichsdeutschen Sozialpolitik fehlt, wird der zu erwartende neue Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bringen.

Die Sozialdemokratie hat sich von dem Mißerfolg bei den Wahlen nicht lange niederdrücken lassen. Wohl wurde von einigen Genossen eine teilweise recht einbringliche Selbstkritik geübt — sie war sicher darin berechtigt, daß man in einer solch großen politischen Partei nicht alle Meinungen über einen Leisten schlagen kann, daß unsere prinzipielle Geschlossenheit nicht in Splitterrichterei, Verfeinerung und dogmatische Erstarrung ansartete —, aber man hielt sich dabei nicht auf, sondern schritt mit festem Mute an die Arbeit. Die Organisationen füllten sich, neue wurden gegründet, bestehende befestigt; die energisch aufgenommene Werberarbeit für die Parteipresse brachte glänzende Erfolge: so beantworteten die „Niedergerrittenen“ jenen mitterrächtigen Spuk vor dem Kaiserlich an der Spree. In Oesterreich fanden die Wahlen zum Reichsrat zum ersten Male nach dem im heißen Kampfe errungenen allgemeinen Wahlrecht statt. Hier hatte die Sozialdemokratie einen alle Erwartungen übertreffenden Erfolg, sie eroberte 86 Mandate.

Im August tagte, zum ersten Male in Deutschland, der internationale sozialistische Arbeiterkongress in der schwäbischen Hauptstadt Stuttgart. Diese Tagung bewies, daß das Gerede der Gegner von dem Rückgang der sozialistischen Bewegung, einer merkwürdigen Selbsttäuschung entpringt. Gewaltiger als je gestaltete sich diese Rundgebung. Soviel aber der Sozialismus der Welt auch schon gegeben hat, noch harren die größten der in ihm stehenden Kulturelemente der Neuzubemachung. Mehr Sozialismus! schreien die sich immer großartiger entfaltenden Produktivkräfte, die sich in der Zwangsjacke der Individualwirtschaft winden und bäumen; mehr Sozialismus! schreien die Massen der Armen, die in der heutigen Wirtschaftsarchie zwischen Ueberarbeit und Erwerbslosigkeit hin- und hergeschleudert werden; mehr Sozialismus! schreien die Völker, denen immer schwerere Lasten für die bewaffnete Macht auf die milden Schultern gelegt werden. Mögen die Gegner jubeln über die eroberten Mandate, der Sozialismus wirbt weiter, seine Heere wachsen überall, wo Kapital Besitzlose in seinen Haam zwingt, gleichsam aus dem Boden hervor. Darum zeigte auch der sozialdemokratische Parteitag in Eisen ein Bild ruhiger Betriebsamkeit, das die Gegner geradezu verblüffte.

Auch für unsere Gewerkschaftsbewegung waren die Vorgänge in der allgemeinen wie in der Parteipolitik bedeutungsvoll. Die Stuttgarter Tagung brachte eine internationale Regelung des Verhältnisses zwischen den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften. Sie fiel so aus, wie wir erwartet und gewünscht hatten. Eine Frucht der Essener Tagung war die Förderung

der zwischen den Zentralverbänden und den Ausläufern der lokalistischen Gewerkschaftsgruppen schwebenden Einigungsverhandlungen. Unsere Kollegen sind darüber unterrichtet, wie weit die Sachen bis jetzt geblieben sind. In den letzten Tagen dieses Jahres sind die Kollegen der freien Vereinigung der Maurer zusammen, um das entscheidende Wort über die vereinbarten Einigungsbedingungen zu sprechen. Wir haben das Recht, auf einen günstigen Ausgang zu hoffen. Im Zimmerergewerbe scheinen sich plötzlich neue Hinbernisse der Einigung entgegenzustellen, bei den Metallarbeitern hat sie sich ganz zerfallen, doch ist in diesem Beruf die Sonderorganisation auch ganz anders geartet als im Baugewerbe.

Wie die Entwicklung der Gewerkschaften im abgelaufenen Jahre war, läßt sich noch nicht sagen. Wir deuteten schon im Anfang dieses Artikels an, daß sich die Erwerbsverhältnisse im ungünstigen Sinne verändert haben. Bei der entscheidenden Bedeutung der Wirtschaftslage für die Mitgliederbewegung wird man darum damit rechnen müssen, daß sich der jähe Aufstieg, wie wir ihn in den letzten vier Jahren hatten, verlangsamt. Wohl wird in diesem Jahre noch über einen guten Mitgliederzuwachs zu quittieren sein, aber er bleibt jedenfalls beträchtlich hinter den Zunahmen der letzten Jahre zurück. Auf dem Gebiete der Arbeitskämpfe ging es im allgemeinen ruhiger zu als in den letzten Jahren. In den ersten Monaten des Jahres wurden heftige Kämpfe in der Berliner Holzindustrie und im Hamburger Hafen geführt. In beiden Fällen bildeten Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit die hauptsächlichsten Streitgegenstände; an beiden Stellen kam es zu einem Vergleich. Der Friedensschluß in der Holzindustrie war insofern von großer Bedeutung, als dabei schon der Plan eines Tarifvertrages für das ganze Reich entworfen wurde. Die zu diesem Zweck in den letzten Wochen abgehaltenen Konferenzen haben noch nicht zu festen Ergebnissen geführt. Was für uns besonders interessant dabei ist, das ist die ausgesprochene Absicht der Unternehmer, die Holzarbeiter dazu zu zwingen, die im Jahre 1908 ablaufenden Verträge ohne jede Verbesserung auf zwei Jahre weiter laufen zu lassen bis zum 12. Februar 1910 dem Ablauftermin der im Frühjahr in Berlin abgeschlossenen Verträge. Die Metallindustrie blieb von Ausperrungen schwerer Kalibers verschont; es scheint als hätten die Großindustriellen endlich eingesehen, daß auch für sie die Stunde geschlagen hat, wo die schroffe Ablehnung der Arbeiterorganisationen aufgegeben werden muß. Im Bergbau kam es in einigen schlesischen und sächsischen Revieren zu größeren Konflikten.

Die meisten Kämpfe aber wurden im Baugewerbe geführt. Fast bei allen handelte es sich um die Arbeitszeit. Im allgemeinen war die Lohnbewegung jedoch auch im Baugewerbe nicht so umfangreich, als in den vorhergehenden Jahren. Der Rückgang der Bauaktivität zwang die Kollegen in manchen Orten, von Verträge zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzusehen. Das war geboten durch die Absichten der Unternehmer. Sie sind ja zu bemerkt, als daß wir in diesem Zusammenhange noch einmal zu schilber brauchen; was davon noch verborgen war, das ist durch das von uns veröffentlichte Protokoll der geheimen Generalversammlung des Arbeitgeberbundes ans Tageslicht gezogen.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands ist gerüstet. Unsere Organisation war sich läng darüber klar, wohin nach Meinung der Unternehmer die Reise gehen sollte. Mit weiser Voraussicht wurde die Gegenmaßregeln getroffen. Der in der ersten Aprilwoche in Köln a. Rh. tagende Verbandstag ge dem Vorland und dem Ausschuss des Verbandes die Vollmacht, in außergewöhnlichen Fällen besonde

Beiträge auszuschreiben. Von diesem Rechte wurde schon in diesem Jahre Gebrauch gemacht und man darf sagen, daß diese schwere Probe auf die Opferwilligkeit der Verbandkollegen im allgemeinen befriedigend ausgefallen ist. Diese Stärkung unserer Organisation trotz der opferreichen Kämpfe dieses Jahres ist für Freund und Feind hochbedeutend. Die Mitgliederbewegung im Verbands zeigt allerdings schon deutliche Spuren des Umschlages auf dem Arbeitsmarkt. Der Verband hatte Mitglieder

im 4. Quartal 1906.....	183 747
1. " " 1907.....	190 622
2. " " 1907.....	201 848
3. " " 1907.....	197 066

Die Hoffnung, mit 200 000 Mitgliedern ins neue Jahr zu gehen, hat sich zwar nicht erfüllt, aber doch wird die Zunahme von Jahresbeginn zu Jahresende 10 000 betragen, und das ist in Anbetracht alles dessen, was das Jahr brachte, kein übles Resultat. Die angebahnte Verschmelzung mit den Stufateuren scheiterte an dem Willen der Mitglieder dieses Verbandes; bei den Dachbedern wird die Urabstimmung über die Angliederung in den ersten Monaten des nächsten Jahres erfolgen. Mit den lokalistischen Nischenlegern sind noch keine Einigungsverhandlungen gepflogen; es ist Aussicht darauf, daß es dazu kommt und daß die Verhandlungen zu gutem Ende führen. Die internationalen Beziehungen der Maurerorganisationen sind fester und besser geworden; die Beschlüsse der Stuttgarter Konferenz werden sich in allen beteiligten Organisationen gut bewähren. Jeder sollte ein Teilnehmer der Konferenz nicht mehr lange überleben; Kollege Rasmussen, der Vorsitzende der dänischen Maurerorganisation, starb kurze Zeit darauf.

So war das Jahr 1907: manches Gute und Große, aber auch manche Enttäuschung brachte es. Für vieles war es ein Jahr der Anfänge, dessen Vollenbung erst die Zukunft bringt. Das gilt sowohl für das Wirtschaftsleben wie für die Politik. Im abgelaufenen Jahre erhielt die gute Geschäftslage die ersten erschütternden Stöße; wie sich der Arbeitsmarkt gestaltet, läßt sich erst in einigen Monaten sagen. Und in der Politik: Anfänge, Verluste; die „Früchte“ der Blockpolitik reifen erst später, wenn sie nicht vorher verdorren. Sie werden uns nicht schmecken.

Eine Zeit hart unser, wie sie bedeutungsvoller vielleicht noch nicht da war. Gewichtige Entscheidungen drängen, große Anforderungen an unsere Ansicht, an unsere Energie, an unseren Opferinn werden dabei gestellt werden. Verbandkollegen! Seid eingedenk, daß die Einigkeit, die brüderliche Solidarität die oberste aller Arbeitertugenden ist. Wirkt einträchtig zusammen an den Aufgaben, die uns die Zeit gestellt hat. Schaffet, daß diese Einigkeit gefördert werde! Agitiert überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, klärt die Indifferenten auf über die Absichten der Unternehmer, zeigt ihnen, wofür sie gehören, wenn sie als ehrliche Arbeiter vor ihrsgleichen bestehen wollen! Das ist im neuen Jahre nötiger als je.

Wie entstand das preussische Dreiklassenparlament?

Der preussische Landtag ist in die letzte Session der gegenwärtigen Legislaturperiode eingetreten. Im Jahre 1908 geht die fünfjährige Lebensfrist des Abgeordnetenhauses zu Ende. Spätestens im Herbst müssen Neuwahlen stattfinden.

Der Wahlkampf für diese Erneuerung wirkt jetzt schon seine Wellen voraus in unser öffentliches Leben. Denn es handelt sich dabei um die Grundbedingungen dieser sogenannten Volksvertretung selbst. Es handelt sich um die Frage, ob das Bierzigmillionenvolk Preußens noch länger von einem privilegierten Künzler regiert werden soll, der eine doppelte Hochburg in den zwei Häusern des Landtags besitzt, in dem Herrenhause, dem das Privilegium Unablässiger Geburt, und in dem Abgeordnetenhause, dem das Privilegium des Geldsacks das Gepräge verleiht. Das Herrenhaus ist der direkten Beeinflussung durch den Wahlkampf völlig entzogen; sein Geschwister, das Abgeordnetenhause, beruht zwar auf Wahlen, und doch ist es ein Privilegienparlament, eine Geldsackvertretung. Ein raffiniert ausgeklügeltes Verfahren, das Dreiklassenwahlsystem, macht den Geldsack zum entscheidenden Faktor seiner Zusammensetzung, indem es die große Masse des Volkes zu Gunsten der wohlhabenden Klassen entrechtet. Ein Proletarier der dritten Klasse übt nur ein Zehntel des Einflusses auf die Zusammensetzung des Hauses aus, der einem Mitgliede der oberen beiden Klassen zusteht. Für die Wohlhabenden die wirkliche Macht, der entscheidende Einfluß auf die Wahl der Abgeordneten, für die Proletarier der dürftige Schein, für ein Zehntel des Volkes der Kern, für neun Zehntel die Schale.

Was Wunder, daß die Frucht dieses tödlichen Systems überaus schädlich ist für Preußens Volk und Staat! Diesem Wahlrecht in erster Reihe ist es zu danken, daß Preußen heute hinteran schleicht in kultureller Entwicklung; daß die kleine, aber mächtige Junkerklasse den Staat für ihre Interessen ausbeuten kann, daß Preußen mit Mecklenburg und dem Königreich Sachsen sich um die Ehre zu streiten hat, das rüchtdigste Staatswesen Deutschlands zu sein, daß es zum Vollwerk der Reaktion geworden ist für ganz Europa.

Wie die Dreiklassenwahl Preußens zum Vollwerk der Reaktion gemacht, ist sie selbst ein Wechselbalg, dem Rolle widerrechtlich untergeschoben in einer Periode der finsternsten Reaktion.

Preußens Volk hat schon einmal, wenn auch nur kurze Frist, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht besessen, das nur durch ein indirektes Verfahren sich unterschied von dem heutigen Reichstagswahlrecht. Das war im Jahre 1848, als die Barrikadenkämpfe des Volkes von Berlin und die Volksbewegung, die dadurch in ganz Deutschland entzündet wurde, das absolutistische Regierungssystem, gerüttelt hatten. Da waren die deutschen Fürsten wie ihre bürokratischen Handlanger in den Landesverwaltungen für jedes Zugeständnis müde gemacht. Ein deutscher Reichstag wie eine preussische Nationalversammlung wurden auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts im Handumdrehen konstituiert. Aber leider zeigte sich das Bürgertum in Preußen selbst wie im ganzen Deutschland der günstigen Lage nicht gewachsen, die ihm die wertvolle Bundesgenossenschaft des Proletariats beschafft hatte. Es ließ die ganze Macht in den Händen der Junker und Bürokraten in Zivil und Uniform. Die Parlamente begnügten sich mit leerem Gerede. Und als dann die Begeisterung, die im wertvollen Volke durch die Märzreize entzündet war, zurüchlebte unter dem lähmenden Einfluß der Unfähigkeit der parlamentarischen Bourgeoisvertreter, da konnte schon nach einem halben Jahre die tüchtig auf der Lauer liegende Reaktion die preussische Nationalversammlung abwürgen, wie sie kurze Zeit darauf dem Frankfurter Reichstag den Garau machte.

Ein beschränktes Wahlrecht wurde von der junkerlich-bürokratischen Regierung „oktroziert“, d. h. ohne das Volk oder seine Vertreter zu fragen, einfach durch einen Willkürakt in Kraft gesetzt. Und als auch dies Mittel eine noch nicht völlig gefügige Vertretung hervorbrachte, wurde auch diese durch eineinzigsten Staatsfrech am 27. April 1849 aufgelöst und durch das widerfönnige Dreiklassenwahlrecht oktroziert, das in seinen wesentlichen Zügen bis heute in Kraft geblieben ist und bis heute das preussische Volk unter die Schmach einer Geldsackvertretung beugt.

Nachträgliche Willigungen des Staatsreiches durch die Erwählten des Geldsacksrechtes können das Unrecht nicht zum Recht, die Geldsackvertretung nicht zu einer Volksvertretung machen. Dem preussischen Abgeordnetenhause von heute haftet der Mangel der Erzeugung durch den Staatsfrech genau so an, wie der dritten Duma des russischen Jaren, in deren Entstehungsgeschichte die Schaffung von Friedrich Wilhelms IV. Duma eine trübselige Nachfüllung gefunden hat.

Es war dann nur eine würdige Vervollständigung dieser Geldsackvertretung, daß dem Abgeordnetenhause 1864 wiederum durch königliche Verordnung ein Junker- und Bureaukratenkonventil als „Herrenhaus“ an die Seite, oder vielmehr vorangestellt wurde.

Aber fünfzig Jahre lang währte nun schon dieses Regierungssystem des schlecht verküllten Absolutismus, das mit seinen beiden Scheinparlamenten, der Geldsackvertretung und dem Junkerkastell, die Bürokratenregierung maskiert. Maßgebend für die Aktionen des selbstherrlich schaltenden und waltenden Beamtenapparates sind aber die Interessenliquen der großen Ausbeuter in Stadt und Land, einerseits der Großkapitalisten in Industrie und Handel, der Großgrundbesitzer andererseits.

Soweit nicht schon der Klassen- und Kastengeist des Beamtenkums aus eigenem Triebe für die Erfüllung der Ausbeuterwünsche sorgt, werden deren volksfeindliche Bestrebungen durch die „Kamarillen“ auf den Schleichwegen höflicher Hintertreppen gefördert. Das Treiben der Liebenberger, deren düstige Ständele zum Entsetzen der herrschenden Klassen jüngst in aller Öffentlichkeit aufbarsten, ist nicht etwa eine Ausnahmeerscheinung; es ist das vielmehr ein unvermeidlicher Bestandteil einer jeden absolutistischen oder auch nur halbabsolutistischen Regierung zu allen Zeiten und in allen Ländern gewesen.

Wie kommt es nun, daß über fünfzig Jahre lang die Bevölkerung Preußens sich dieses verberberliche und blamable Regierungssystem hat gefallen lassen? Sollte nicht auch das Bürgertum in seiner großen Mehrheit annähernd dasselbe Interesse an der Einführung volksfönnlicher, freierlicher und demokratischer Einrichtungen wie das Proletariat? Weshalb hat es niemals ernfliche Anstalten gemacht, den ersten Schritt zur Befreiung unserer Zustände,

die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, zu erwägen? Weil sehr bald nach dem Frühlingsrausch von 48 den ausbeutenden Schichten des Bürgerkums die Erkenntnis aufdämmerte, daß seine wirtschaftlichen Interessen und die des Proletariats einander entgegenstehen und daß deshalb schließlich die Demokratisierung unserer Staatsrichtungen dem erwachenden Klassenkampf des Proletariats zu gute kommen müsse. Solange deshalb das liberale Bürgertum noch die große Mehrheit des Volkes, auch der noch nicht vom Klassenbewußtsein ergriffenen Proletariermassen, auf seiner Seite hatte, führte es zwar in den sechziger Jahren den Kampf gegen Militarismus, Junkertum und Bürokratie mit einigem Eifer, wenn auch ohne Opferwilligkeit und Nachdruck. Mit dem Jenfusswahlrecht, dem Dreiklassenwahlrecht, fand sich das liberale Bürgertum ganz ab, da es selbst Vorteile davon zog. Es machte niemals ernfliche Anstalten, das preussische Dreiklassenwahlrecht zu ersetzen durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Wohl aber trat mit dieser Forderung das erwachende Proletariat sofort auf den Kampfplatz, als sein Wortführer Lassalle 1863 die Fahne des Klassenkampfes in dem „Offenen Antwortschreiben“ aufspangte. Diese Forderung war zwar für ganz Deutschland, zunächst aber für Preußen gemüht. Schon 1866 war sie für Deutschland, d. h. zunächst für den Norddeutschen Bund, 1871 auch für das neu gegründete Deutsche Reich verwirklicht, da die preussische Regierung, um ihr revolutionäres Eingreifen durch die öffentliche Meinung sanktionieren zu lassen, genötigt war, für die deutschen Verhältnisse wenigstens diese alte achtundvierziger Errungenschaft, wieder ins Leben zu rufen. Hätte damals das Bürgertum noch einigermaßen Rückgrat gezeigt, es hätte mit dem Proletariat zusammen auch für Preußen die Einführung des Reichstagswahlrechts erwirken können. Neugierlich belanste sich sogar die nationalliberale Partei, unter welcher Firma die große Masse des Bürgerkums fortan ihre politischen Geschäfte betrieb, hat, auch 1867 noch zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Einzelstaaten. Aber das geschah nur, um den schönen Schein zu wahren. Tatsächlich war jene Partei ja selbst der sichtbarste Ausdruck der Ausbeutung der großen Masse des Bürgerkums mit dem halbabsolutistischen Regierungssystem. Ihrer Natur als privilegierte Klasse nach konnte sie nicht eine Forderung betreiben, die nur mit Hilfe einer großen Volksbewegung gegen dieses Regierungssystem sich durchsetzen ließ. Sehr bald ließ denn auch die nationalliberale Partei die 1867er Forderung völlig fallen. Heute ist sie die Verteidigerin des Dreiklassenwahlrechts im preussischen Abgeordnetenhause.

Aber auch bei den anderen bürgerlichen Parteien, die der Form nach Gegner dieses Wahlrechts sind, ist, je nach dem Grade und dem zeitweisen Stande ihrer Regierungsfähigkeit, wie man schönrednerisch die untertänige Folgsamkeit einer Partei gegenüber Junkertum und Bürokratie nennt, die Neigung für das Reichstagswahlrecht gestiegen oder gesunken. So war die Stimmung der Zentrumspartei dafür völlig abgestaut während der Zeit ihrer Bismarck-Freundschaft. Sie ist jetzt, seitdem die Schutztruppe Roms in die Oppositionsstellung gedrängt wurde, wieder um einige Grade gestiegen.

Unverfälscht ist in der Blockpaarung des sogenannten entschiedenen Liberalismus mit den Konfervativen zur Durchführung der Kolonial-, Marine- und Heeresforderungen ein neues Hemmungsmoment gegen das Eintreten der Liberalen in eine große Volksbewegung zur Demokratisierung des preussischen Staatswesens entstanden.

Nur aus den entrechteten Klassen, nur aus dem Proletariat selbst konnte diese Bewegung erwachen, die jetzt von Jahr zu Jahr mit wachsender Kraft unser öffentliches Leben durchwogt. Entrechtet durch die Dreiklassenwahlrecht sind nicht nur die Proletarier, die zur Sozialdemokratie sich bekennen, getroffen werden dadurch, alle Arbeiter, alle Proletarier, was Glaubens, welcher Abstammung sie sind, ja welcher Partei sie auch gegenwärtig Gefolgschaft leisten mögen. Sie alle gilt es aufzurütteln, damit sie einschwenken in diesem Klassenkampf, der zu einem Kegereichen Ende führen muß, teils die wirtschaftliche Entwicklung in Preußen und Deutschland die volle Verwirklichung des elementarsten politischen Rechtes, des gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen, zu einem Gebot der geschichtlichen Notwendigkeit gemacht hat.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Distantaussichten für den Jahresabschluß. — Amerika. — Rückwirkung auf deutsche Produktionszweige. — Weitere Abbrückelungserscheinungen in Deutschland und England. — Roggen, Baumwolle, Getreide.

In der Sitzung des Reichsanzeiger-Zentralausschusses legte am 12. Dezember Präsident Dr. Koch dar: der Distont könnte, wegen der bevorstehenden neuen Anspannung beim Jahresabschluß, ungenügend ernähigt werden, es sei jedoch nummehr zu hoffen, daß man mit dem seit dem 8. November gültigen Distontlage — 7 1/2 pSt. für Wechfel, 8 1/2 pSt. für Wombardierung — über die Jahresveränderung hinüberkommen werde. Daß diese Erklärung in der

Deffentlichkeit fast wie eine große Volkshochschule begrüßt wurde, zeigt mehr als alles andere, wie ängstlich und zugleich wie bescheiden unsere Geschäftswelt geworden ist.

In England wird ungefähr die gleiche Distriktpolitik in Aussicht gestellt, nur daß man hier etwas selbstbewußter gemäßlich hinzupflegt: läme mit der heimische, englische Geld- und Kapitalmarkt in Betracht, so reizte die Kräftigung der Banken vielleicht bereits zu einer weniger schroffen Distrikthandhabung aus; die Gefahr der Goldentziehung und Schwächung drohe jedoch nach wie vor von der Seite Amerikas her.

In der Tat hat sich bis zur Stunde wenig in Amerika gebeeitert, obwohl bisher (bis zum 14. Dezember) mindestens 115,9 Millionen Dollars, fast eine halbe Milliarde Mark, Gold von außen zugeführt wurden. Das Aufgebot für harte Münze hat sich nur zeitweilig ermäßigt, verschwinden ist es durchaus nicht. Die von vornherein so selbstsam angelegte große Mißsallion der Regierung schrumpfte fast im Sandumdröhen zu einer kleinen und Kleinlichen Maßregel zusammen, und heute kann man ohne Uebertriebung von ihrer vollständigen Wirkungslosigkeit sprechen. Nicht 100, sondern nur knapp 15 Millionen Dollars, wurden von den dreiprozentigen Schuldzertifikaten ausgegeben, und von der Panamanalanleihe nicht 50, sondern nur 25 Millionen Dollars. Die Regierung selber scheint einzufehen, wie bedenklich die in letzter Linie erstrebte künstliche Vermehrung des Notenumlaufes im Augenblick ist; ja die Notenbanken selber dürften die Regierungsangebote zurückgewiesen haben, weil sie an der Umlaufsfähigkeit größerer Notenummen: bei dem allgemeinen Mitleiden gegen fittige Werte, zweifeln. Wüste doch am 6. Dezember eine der mit dem Privileg der Notenausgabe ausgestatteten Nationalbanken, die Fort Pitt Nationalbank in Pittsburg, wegen Zahlungsunfähigkeit ihre Tore schließen. Nur die allseitige Wiederaufnahme der Barzahlungen seitens der maßgebenden Bankinstiute würde das Erschicken der Bank beweisen und unter Umständen sogar verurteilen können. Bis jetzt hören wir jedoch nur, daß der Vorkbestand der Vereinigten Nationalbanken sich bessert (nach dem Ausweis vom 14. Dezember um etwas über 4,11 Millionen Dollars), und daß das „Defizit“ der Deckung sich verringert. Von da bis zur Milderung normaler Verhältnisse im Zahlungsmittelumlauf ist noch ein sehr weiter Weg.

Ganz zweifellos spüren schon eine Reihe deutscher Produktionszweige den Rückschlag der amerikanischen Stodung. Bestimmte Nachrichten liegen darüber aus der Textil-, Strumpfwaren- und Stidereiindustrie, aus den Kleinzeigengewerben, aus der Porzellanindustrie, die allseits stark auf die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten hingeknüpft sind. Ueber die sächsischen Verlegereiten schreibt z. B. der Chemnitzer Handelskammerpräsident H. Mumm ganz charakteristisch im „Tag“: „Die internationalen Wirkungen äußern sich naturgemäß zuerst und am nachschäufigsten in denjenigen Ländern und Industriezweigen, die in einem besonders lebhaften Geschäftsverkehre mit Nordamerika stehen. Da nun die sächsische Textilwarenindustrie an der Ausfuhr dortigen ganz hervorragend beteiligt ist — sind doch aus dem Chemnitzer Handelskammerbezirk im Jahre 1906 allein Strümpfe und Handschuhe im Werte von über 42 Millionen Mark nach den Vereinigten Staaten verhandelt worden — so ist es begreiflich, daß hier die Folgen der amerikanischen Krisis, früher und stärker als anderswo veripirt werden. Wie bemerkt, zeigt sich der Rückschlag zunächst in der Strumpfwand. Von Amerika hinaus geht nur sehr spärliche Nachfrage ein, da die Kaufkraft dortigen geschwächt ist, überdies auch ein Stellen der außerordentlich stark in die Höhe getriebenen Preise gerednet wird. Aber nicht bloß neue Ordres bleiben aus, auch gegen die Ausfuhrung der alten, meist zu hohen Preisen erzeiten, suchen die amerikanischen Käufer anzustampfen. Das ist ihnen in zahlreichen Fällen leider mit Erfolg möglich. Denn in der Zeit der Hochkonjunktur sind vielfach Bestellungen angenommen worden, an deren rechtzeitige Ausführung nicht zu denken war. Solange die Ware knapp war, nahmen natürlich die Käufer sehr gern auch verspätet eintreffende Sendungen. Jetzt aber, wo die Kaufkraft weicht und die Aufnahmefähigkeit des Marktes geringer wird, werden Kontrakte, bei denen der Fabrikant die Lieferzeit überschreitet, unweigerlich annulliert.“ Die Stoffhandelsstände, die durch die Mode der langen Handschuhe lange Zeit abnorm begünstigt wurde, fühlen den Rückschlag noch nicht so sehr; doch kann ein Wechsel der Mode rasch eine doppelte Enttäufung hervorufen. Sehr starke Beeinträchtigungen werden ferner aus der deutschen Porzellanindustrie, mit ihren Zentralfabriken in Thüringen und Oberfranken, laut, da man bei uns den Wert der ausgeführten Porzellanwaren dem von deutschen Markt aufgenommenen Werte mindestens gleichsetzen kann und da gerade die Union der bedeutendste Abnehmer unter den fremden Ländern geworden ist. Schon jetzt lösen, infolge der Geld- und Kreditklemme und wegen des hohen Wertes, viele überseeische Importeure ihre im Hafen lagernde Ware nicht ein; für den Beginn des neuen Jahres rechnet man mit einem starken Rückgang der amerikanischen Einkäufe, auf die manche Thüringer Fabriken, in der Gefahr, wie in der Luxusporzellanbranche, fast ihre ganze Produktion eigens eingerichtet haben.

Jedoch auch ohne den Einfluß Amerikas vollzieht sich der wirtschaftliche Abwärtsprozess bei uns weiter. In Berlin wird die Einschränkung der Bauaktivität auf ein volles Drittel berechnet; bei längerer Geldverknäufung besfürchtet man in naher Zukunft, nämlich wie 1900, eine förmliche Wohnungsnot; umgekehrt, bei stilligerem Geldstand, würde, wie man behauptet, die schon lange Zeit zurückgebliebene Bauaktivität rasch wieder beleben. Bei den Steinen zeigt sich infolge der vermindernden Tätigkeit, trotz aller Ringbestrebungen, eine Ueberproduktion und ein Weichen der Preise. Der Stahlwerksverband hat die Herabsetzung der Saßpreispreise (für das erste Quartal 1908) nicht länger vermeiden können; doch sollen die Preise für Walzfabrikate schon soweit in der Herabsetzung vorangeschritten sein, daß — wenigstens für die „reinen“ Betriebe — der Vorteil dieser Kostenverminderung abermals illusorisch bleibt. Daß man in Oesterreich plötzlich über wachsende

deutsche Eiseneinführen und billige deutsche Objekten zu klagen beginnt, ist gleichfalls ein Zeichen des abflauenden innerdeutschen Marktes.

In England ist es besonders die immer mislißigere Lage des Schiffbaues, die sich fürstbar macht. „Nichts“, schreibt man den „Times“ aus Glasgow vom 12. Dezember, ist eingetreten; um die wirtschaftliche Depression zu lindern, und überall erkannt man, daß für die kommenden Wintermonate viel Beschäftigungslosigkeit herrschen wird. Das Schiffbauergewerbe verschlimmert sich zusehends, und viele andere Produktionszweige, die mehr oder weniger davon abhängig sind, leiden naturgemäß ähnlich. Besonders die Auftragsarbeiten gehen zurück oder werden zumest zu sehr unlohnenden Preisen übernommen.

Ueberaus scharfe Rückgänge, zum Teil infolge des vermindernden Rohstoffbegehrs der nordamerikanischen Industrie, scheint überall, in Ostasien wie in Europa, der Rohseidenmarkt zu erfahren. Die sächsischen Seidenverwerke betragen am 31. Oktober 1906 1234 188 Kilogramm, am 31. Oktober des laufenden Jahres dagegen 2 255 703 Kilogramm, also bereits über 1 Million Kilogramm mehr. Dazu ist nunmehr abermals ein starker Rückgang getreten, so daß der Durchschnittspreis der italienischen Seiden von 70 auf 68 Lire gesunken ist — eine sehr üble Zugabe zu den sowieso schon arg daniederliegenden Wirtschaftsverhältnissen Italiens.

Geftige Preissteigerungen knüpften sich weiter an die unerwartet hohe Baumwolleernte der Washingtoner Regierungsbüreaus: statt einer untermittelten Witterung mit danach eine mehr als mittelgute Äußerste (11 678 000 Ballen à 500 Pfund Gewicht) zu erwarten haben. Die Notopreise in Newport, die im Juli-August ihren Höchststand mit 13,55 Cents erreicht hatten, betragen in den zweiten Dezemberwoche 11,90 bis 11,95 Cents.

Die Getreidepreise scheinen ihrer Gipfel überschritten zu haben. Mailweizen notierte am 10. Dezember in Berlin M 220,75, am 14. Dezember M 219,50 (Dezemberweizen nach unserer Rundschau vom 17. November M 225), Weizen M 203 bezw. M 207 (gegen M 215). Der Londoner Weizenpreis, der pro Quarter von 480 Fund (nicht 540 Fund, wie es damals infolge eines Schreibfehlers hieß) in der ersten Novemberwoche schon 36 Schilling 7 Pence erreicht hatte, stand somit am 4. wie am 11. Dezember auf 34 Schilling 7 Pence. Besonders die umfangreichen fudamerikanischen Zufuhren haben der beängstigten Preispolitik ein Ziel gesetzt.

Berlin, 15. Dezember 1907. Max Schippel.

Politische Umschau.

Das teuerste Land der Welt. Deutschland ist dank der Agrarpolitik unter preussischer Zimberherrschaf gegenwärtig das weitaus teuerste Land der Welt. Der deutsche Arbeiter, der kleine Beamte, der Mittelstand wird in seiner Lebenshaltung tief unter die Bürger anderer Länder herabgedrückt. Während die industriellen Löhne in Deutschland noch nicht die Hälfte, häufig nicht ein Viertel der Löhne erreichen, die in Industrieländern gleichen Nanges verdient werden, muß die Masse der Beschäftigten in Deutschland von ihrem mühsam erarbeiteten Lohn noch den Höchststeuertribut an die Großgrundbesitzer entrichten. Zur Zeit ist unter der Wirkung des M. 6- und M. 5,50-Pollers die Brotnot aus höchster geliegen. Die allgemeine Preissteigerung auf dem Weltmarkt, die durch solche Ernte hervorgerufen ist, macht sich in Deutschland doppelt und dreifach fühlbar.

Das neueste Werteschaubild der Statistik des Deutschen Reiches bringt für die Bemoderung der deutschen Konsumenten erschreckende Beweise. Juli-September folgte Roggen an der Berliner Börse M. 201,50, Weizen M. 215,50. Bis zu dem neuen Handelsverträgen schwanken in dem gleichen Zeitraum die Roggenpreise bei M. 131,90 im Jahre 1903 bis M. 152,10 im Jahre 1905. Der Weizen betrug sich zwischen M. 156 und M. 176,8. An der Mannheimer Börse hat der Roggen sogar einen Preis von M. 205,50 und Weizen von M. 227,50 erreicht.

Diese ungeheuerlichen Preise werden an keinem Platz der Welt mehr erreicht. In Oesterreich, wo sich eine leidenschaftliche Volksbewegung gegen die Preissteigerungen erhoben hat, notierte zur gleichen Zeit an der Wiener Börse Roggen immer nur noch M. 164,20, Weizen M. 211,80. In Odessa kostete Roggen M. 140,20, Weizen M. 150,80. Aber selbst in dem teuren Paris wird Roggen mit M. 149,50 bezahlt und das Hauptgetreide für den französischen Verbrauch, Weizen, bleibt mit M. 203,90 noch erheblich unter sämtlichen deutschen Weizenpreisen. In London foliet der Weizen gar nur je nach der Qualität M. 152,70 bis M. 170,40. Der amerikanische Arbeiter braucht in Chicago nur M. 141,60, in Newport M. 155,40 für Weizen zu bezahlen, und das sind noch außergewöhnlich hohe Preise.

Die Getreideuerung wird keineswegs durch erhebliche Senkung der Preispreise ausgeglichen, die im vorigen Jahre so unerhört geliegen waren. Die Preise sind nur unbedeutlich unter den Stand von 1906 gesunken und weit höher noch als in den früheren Jahren. Die Schweinepreise betragen Juli bis September 1907 in München zwischen M. 129,20 und 132,40. Das war gegen das Jahr 1906 mit seinen Preisen von M. 142 bis M. 148,80 etwas niedriger. Dagegen betrug 1904 und 1903 der Preis nur M. 111,40 bis 119,40.

Die Frage des Konsumentenkaufes wird in Deutschland zu einer Lebensfrage der Volksernährung. Als Produzent kann der Arbeiter sich unmittelbar durch die Gewerkschaften und mittelbar durch die politische Tätigkeit schützen. Der Konsument ist abgehängt davon, daß er durch genossenschaftlichen Zusammenstufung einen Teil des Zwischenvermögens profitieren kann, völlig ohnmächtig. Er muß den Wucherern des Großgrundbesitzes, die hinter der Zollmauer ihr freies Spiel treiben dürfen und die dazu noch durch verschleierte Exportzöllen den heimischen Markt entblößen können, die Preise bezahlen, die ihnen diktiert werden. Er kann sich ebenso wenig ausliehen gegen die Verminderung durch die städtischen Gesundheits- und Käuferpfehlanten, wie er an die tarifizierte Industrie die Kosten- und Fabrikatspreise bezahlen muß, die ihm auferlegt werden.

Deutschland hat die teuersten Lebensmittelpreise der Welt. Aber es zeichnet sich dadurch vor den übrigen Ländern aus, daß es genüblich diesen Preisen der politischen Machthaber wie eine Schicksalsfügung hinimmelt. Und doch lauet jede der Zahlen, welche die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse angeben, Sturm gegen den Großblock der deutschen Lebensbedrückter.

Die Klüfflungen des Unternehmertums zu einem entscheidenden Schlage gegen die Arbeiterorganisation nehmen ihren Fortgang. Die „Chemnitzer Volksstimme“ war in der Lage, folgenden vertraulichen Rundschreiben der Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen zu veröffentlichen:

An die Industriellen!

Unter Bezeichnung auch unsere wiederholten Rundschreiben und die Ihnen zugehenden Satzungen unserer Gesellschaft bitten wir Sie hierdurch nochmals dringendst, mit Ihrem Beitritt nicht länger zu säuern.

Unsere Gesellschaft bezocht die Verhütung von Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder und eintretendenfalls die Entschädigung der durch Streiks hervorgerufenen Nachteile dergestalt, daß für jeden Streiktag pro Arbeiter bis zu 25 pSt. des durchschnittlichen Tagesverdienstes des gesamten bei der Berufsgenossenschaft zuletzt angemeldeten Personals bewilligt werden. Der jährliche Beitrag beträgt 1 pro Mille der der Berufsgenossenschaft zuletzt aufgegebenen Jahreslohnsumme und das Eintrittsgeld 1/2 pro Mille der gleichen Summe.

Für die in dem laufenden Quartal betretenden Mitglieder beträgt der diesjährige Beitrag nur 1/2 pro Mille der Jahreslohnsumme.

Angefaßt der stetig steigenden Machtmittel der Gewerkschaften, deren jährliche Einnahmen von M. 27 812 257 im Jahre 1905 auf M. 41 602 939 im Jahre 1906 gewachsen sind, muß sich jeder Industrielle im eigenen wie im allgemeinen Interesse seiner Pflanz zur Ueberung der gleichen Solidarität und Opferwilligkeit, wie sie die Arbeiterschaft so glänzend zeigt, bemüht werden.

Der Streik, welcher von den einzelnen Branchenverbänden bei Industriellen gewährt wird, bedarf, soweit die Verbände nicht selbst über große Streikentschädigungsfonds verfügen, der Ergänzung durch die materielle Beihilfe, die ihnen unsere Gesellschaft zur Durchführung von Streiks gewährt.

Wie die Arbeiterschaft in großen Mafsstab bereitet, den Kampf gegen die Arbeitgeber führt, so dürfen auch die Industriellen ihrerseits ihre Kräfte nicht bloß in einzelnen speziellen Branchenverbänden zusammenfassen, sondern sie müssen sich zur Ueberung außerdem in einer alle Branchen umschließenden Organisation, wie die unsere, vereinigen.

So hat sich unsere Gesellschaft, welche gegenwärtig bereits ziemlich lauter sächsische- und außer-sächsische Fabrikbetriebe als Mitglieder besitzt, in allen Fällen als ein festes Bollwerk gegenüber dem Uebermut und den übertriebenen Ansprüchen der Arbeiterschaft bewiesen. Es ist der Gesellschaft möglich gewesen, seit ihrem Bestehen alle Streikfälle (92) in sagemäufiger Höhe (25 pSt. vom Lohn pro Tag und Arbeiter) zu entschädigen. (Darunter z. B. ein Streik in Höhe von über M. 30 000.) Nicht minder ist es der Gesellschaft in zahlreichen Fällen gelungen, drohende Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder von vornherein überhaupt zu verhüten.

Die moralische Wucht der Unterstützung unserer Gesellschaft ist entleuchtend. Es ist klar, auch dieser Unternehmerverband will zum Angriff gegen die Arbeiter vorgehen. Die Arbeiter sollen zu Streiks gezwungen oder ausgebeutert werden. Das Werbeschreiben ist eine neue ernste Mahnung an die Arbeiterschaft, ihre Organisationen zu stärken, dem gemeinsamen Feind eine starke Macht entgegenzustellen. Möge sie immer mehr zeigen, daß sie dem Unternehmertum an Werbestraf, an Solidarität und Opferfreubigkeit weit überlegen ist. Die Zeit der großen Wachtämpfe ist gekommen. Arbeiter, das merkt und danach handelt!

Leistung eines gelben Organs. Im „Bund“, dem Organ der Arbeitervereine der Firma Ludwig Loras & Co., Friedr. Krupp A.-G., der Siemenswerke usw. finden wir folgende Notiz:

Somit das Wirkungsgebiet des Staates reicht, ist den deutschen Arbeitern im allgemeinen ein recht freier Spielraum für ihre Vereine und Versammlungen gewährt. Nicht die sozialdemokratische Partei und ihre Verbände dem freien Vereins- und Versammlungsweisen in den Weg legen, indem sie Arbeiter, die sich ihrer Rechtskraft nicht unterziehen und von ihrer Beeinflussung freimachen wollen, des Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts zu berauben suchen. Erst die letzte Verammlung unserer Verbände hat wieder gezeigt, mit welcher Brutalität die sozialdemokratischen Verbände alle Andersgesinnten des freien Versammlungsrechts berauben wollen. Täglich mehren sich die Fälle von Terrorismus sozialdemokratisch organisierter Arbeiter gegen andersdenkende Kollegen, denen sie mit Gewalt und allen möglichen Mitteln das freie Koalitionsrecht borenthalten. Wenn daher von sozialdemokratischer Seite an dem neuen Gesetzentwurf scharfe Kritik geübt wird, weil ihnen die gewählten Freiheiten noch nicht weit genug gehen, so muß man den Notizen am worten: Ihr habt am allerwenigsten das Recht, euch al Anwälte der Freiheit hinzustellen, denn ihr seid gerade diejenigen die das freie Vereins- und Versammlungsrecht tagtäglich mit Füßen treten.“

Wir finden es begreiflich, daß das Organ der gelben Gewerkschaften jede ihm sich darbietende Gelegenheit wahrnimmt, seinem Zorn gegen die sozialdemokratischen Verbände Luft zu machen. Ueben diese bösen Menschen doch energisch das auf die schändliche Vergewaltigung der Arbeiter berechnete Unwesen jener Organisationen gegenüber. Aber das der „Bund“ gerade den Gesetzentwurf an sich Anknüpfungspunkt benützt, um in blinder Wut über die sozialdemokratischen Verbände herzufallen und gegen sie die fribole Anknüpfung zu erheben, daß sie „das freie Vereins- und Versammlungsrecht tagtäglich mit Füßen treten“ — das ist doch wohl der Gipfel geistlicher Jammerlichkeit. Wie alle gelben Gewerkschaften, so verdamnen auch die hier in Rede stehenden ihre Entstellung und Existenz doch nur dem gegen die freie Arbeiterorganisation gerichteten Terrorismus des Arbeitsherrentums und seiner feilen Kreaturen. Wenn charaktervolle, eblende Arbeiter gegen diesen Terrorismus Front machen, dann sind sie nach dem „Bund“ brutal. Das gelbe Organ kommt der Regierung zu Hilfe, indem es die Meinung vertritt, die deutschen Arbeiter hätten vollauf Vereins- und Versammlungsrecht. Da stellt sich der „Bund“

nach tief unter die Nationalliberalen, die zugeben müssen, daß gerade in Mitleid auf die Interessen der Arbeiter einige Reformen in freibühler Richtung nötig sind.

Wie wär's, wenn der Bund vorläge, daß das Gesetz für den gelben Gewerkschaften Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährt, allen anderen aber als "terroristisch" verbieten soll?

Eine christliche Arbeiterorganisation in christlicher Beleuchtung. Wie dem "Vorwärts" aus dem Ruhrgebiet berichtet wird, beschäftigt sich der Kampf zwischen dem Vorstande des christlichen Bergarbeiter-Gewerkschaftsvereins und dem Zentrumsabgeordneten Bruff, der zehn Jahre Vorsitzender des Vereins war, immer mehr. Der Bergarbeitergewerkschaft hat sich bekanntlich mit dem "alten" Bergarbeiterverbande über die Reform des Knappheitsstatus verständigt. Die Knappheitsstatuten beider Organisationen haben die Werksvorschlüsse abgelehnt, weil sie eine schwere Schädigung vieler Einzelnen bedeuten. Der Zentrumsabgeordnete Bruff, der im Landtage gegen den Willen der Arbeiter für die schlechtesten Vergelohene gestimmt hat, steht aber in der Statutenfrage auf der Seite der Werksbesitzer. Am die Werksbesitzer des Gewerkschaftsvorstandes zu durchkreuzen, hat sich der Abgeordnete Bruff einen ihm treu ergebenen Teil der Gewerkschaftskräfte heimlich zusammengetrommelt. Wenn der Gewerkschaftsvorstand nach links dirigierte, beschloß der Nebenregierer Bruff nach rechts. Ihm wurden von Zwischenträgern stets die internen Verhältnisse in der Gewerkschaftszentrale mitgeteilt. Dadurch hatte er Kräfte in die Hand bekommen, mit denen er drohte.

Der Streit ist nun zum offenen Ausbruch gekommen. Bruff bedient sich für seine Zwecke der "Ruerschen Ztg." (Zentrumsorgan). Eine Gewerkschaftsopposition für den Verbreitungsbezirk dieser Zeitung hat beschlossen, Bruff fast zu stellen. Er schädige als Gesellschafter mehr die Arbeiter, als ein Werksbesitzer. Wenn der Verleger der "Ruerschen Zeitung" den Herrn Bruff nicht abschlüsse, würden die Gewerkschaftsmitglieder die Zeitung boykottieren! Der Zeitungsverleger hat sich darauf mit Herrn Bruff solidarisch erklärt. Er selbst ergreift nun das Wort in der "Ruerschen Zeitung" und beginnt mit Enthüllungen über die inneren Verhältnisse des christlichen Bergarbeitergewerkschaftsvereins.

Neber die moralische und intellektuelle Qualität der Gewerkschaftsführer urteilt Bruff in der denkbar wegwerfendsten Weise. Er wirft ihnen Unfähigkeit, Großmännlichkeit, Paschawirrigkeit, Verleumdungslust, Betrug der Öffentlichkeit vor. Auf dem Gewerkschaftsbureau saulenzten die Beamten umher; die Außenbeamten würden am schlechtesten bezahlt und mühten am meisten arbeiten. Geprügelt hätten sich die Beamten auch schon, wohl um ihren Kampfesmut zu beweisen. Dem Gewerkschaftsvorstandenden Köster wirft Bruff Dummheit und Trunksucht vor.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß in der christlich-nationalen Presse nach dem Streik 1905 den Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, sie hätten A 20000 Streikgelder nach Ausland geschickt, während die Vergleute Not litten. Die gerichtliche Klärstellung dieses Schwindels wurde von den Verbreitern der Lüge verhindert. Nun erzählt der Zentrumsabgeordnete Bruff aus dieser Zeit Intimitäten. Er teilt mit, in der Zeit, als viele Vergleute infolge des Streiks noch hungerten, habe der christliche Bergarbeitergewerkschaft keine Unterhaltungen mehr ausgezahlt, aber die Beamten auf dem Zentralsbureau hätten sich damals ihre Gehälter um monatlich bis zu vierzig Mark erhöht! Seit Mitte 1905 bezögen eine ganze Reihe der Beamten an der Zentrale, damit meint Bruff die Gewerkschaftsführer Köster, Effert, Behrens, Imbusch, Kürup usw., ein Jahresgehalt von A 2700, jährlich um A 60 steigend. Diese Gehaltserhöhung habe man zu der Zeit vorgekommen, als viele Gewerkschaftsmitglieder infolge ihrer Beteiligung an dem Streik noch gehungert hätten. Für diese Leute habe der Gewerkschaft kein Geld mehr gehabt.

Die interessanteste Mitteilung Bruffs betrifft die Mitgliederzahlen des Gewerkschaftsvereins. Der Gewerkschaft habe jetzt bei 70000 Mitgliedern an 40 Beamte. Auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin wurden 80000 Mitglieder angegeben. Ende 1904 habe der Bergarbeitergewerkschaft im Ruhrgebiet rund 39000 Mitglieder gehabt, diese Zahl sei aber jetzt nicht mehr vorhanden. Während des Streiks 1905 habe der Gewerkschaft 40000 Neuaufnahmen gemacht, noch mehr seien bis jetzt wieder verloren gegangen! Bruff erklärt also, der Gewerkschaft habe in den letzten zwei Jahren rund 41000 Mitglieder im Ruhrgebiet verloren! Da Bruff selbst noch Gewerkschaftsmitglied ist und durch Zwischenträger über die internen Verhältnisse in der Gewerkschaftszentrale ständig auf dem Laufenden gehalten wird, ist seine Mitteilung kaum als eine bloße Behauptung anzusehen.

Demgegenüber ist zu beachten, daß der von Bruff als die "Augeburt der Hölle" beschämte "sozialdemokratische Verband" gute Fortschritte macht. In den letzten beiden Geschäftsjahren hatte der "sozialdemokratische Verband" A 2777000 Einnahme an Mitgliederbeiträgen, der christliche Bergarbeitergewerkschaft nur A 1234000. In den ersten drei Quartalen 1907 nahm der "sozialdemokratische Verband" A 1251000 Mitgliederbeiträge ein, das sind über A 100000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das Vermögen des "sozialdemokratischen Verbandes" erhöhte sich in den ersten drei Quartalen 1907 schon um A 511000.

Die ausländischen Arbeiter sollen gezähmt werden. Im preussischen Abgeordnetenhause gelangten am 19. Dezember folgende zwei Interpellationen zur Verhandlung:

1. Abg. Becker (Zk) und Genossen: Beschließt die Staatsregierung durch schlenmige gesetzgeberische und im Verwaltungswege zu treffende Maßnahmen das Ueberhandnehmen des Kontraktbruchs aus-

ländischer landwirtschaftlicher Arbeiter zu verhindern?

2. Abg. v. Pappenheim (K) und Genossen: a) Welche Anordnungen genehmigt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Kontraktbrüchen aus ausländischer Arbeiter Einfahrt zu tun? b) Welche gesetzlichen Maßnahmen beschließt die Staatsregierung gegen den Kontraktbruch in Arbeitsverhältnissen? Die Begründer der Interpellationen leiteten sich die üblichen Seh- und Schärfsinn an. Abg. v. Pappenheim führte aus: "Wenigstens im Osten findet ein sehr starkes Zusammenfließen ausländischer Arbeiter statt, und dadurch wird eine außerordentlich große Unsicherheit hervorgerufen. Die Ueberwachung dieser Leute ist deshalb so schwierig, weil viele drei verschiedene Pässe auf verschiedene Namen haben. Es ist notwendig, die Verhältnisse der Polizei zu erklären und zwar sowohl gegenüber den landwirtschaftlichen wie auch gegenüber den gewerblichen Arbeitern. Der reichlichere Verdienst, den die ausländischen Arbeiter hier finden, veranlaßt sie auch zum leichteren Ausgehen des Geldes, und so kehren die Arbeiter schließlich erwidert, enttäuscht und um keinen Feind zu kämpfen in ihre Heimat zurück. Notwendig ist, daß den ausländischen Arbeitern Legitimationen ausgestellt werden, daß diese Arbeiter streng überwacht werden und daß die Arbeiter ausgenutzt werden, die keine Legitimation haben."

Abg. Dr. v. Wöhrner sagte: "Mit der gesteigerten Lebenshaltung und der fortgeschrittenen Schulbildung werden die Arbeiter immer mehr der Landwirtschaft entfremdet, und auch die philantropischen Bestrebungen bringen uns die Arbeiter nicht auf den Mist zurück. Wir sind der Meinung, daß Maßnahmen gegen die Arbeiter direkt nicht getroffen werden sollen, da diese leicht widerrechtliche Komplikationen zur Folge haben könnten. Wir halten es für notwendig, daß die ausländischen Arbeiter unter eine einheitliche Kontrolle gestellt werden und daß sie dann eine Legitimation erhalten, welche dem Arbeitgeber zu übergeben ist, bei dem sie arbeiten. Wir wünschen auch strafrechtliche Bestimmungen gegen solche, die zum Kontraktbruch verleiten, wenn aber, daß es noch wirksamer ist, wenn die Arbeiter, die in solcher Weise von Arbeitgebern anderen Arbeitgebern weggenommen werden, an die Grenze beordert werden! Wir halten die Einführung des Legitimationszwanges für sehr notwendig."

Der Landwirtschaftsminister v. Arnim antwortete: "Die Industrieunternehmer der Gewerbeordnung, und gegen sie Maßnahmen zu treffen, wäre Sache des Reiches. Bei den Maßnahmen gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter handelt es sich in der Hauptsache um eine Befämpfung des Kontraktbruchs. Die Gewerbeordnung, welche Bestimmungen darüber enthält, hat nicht vermocht, den Kontraktbruch zu verhindern, und eine Ausdehnung dieser Bestimmungen würde eine erhebliche Verschlechterung der Rechtslage der Arbeiter bedeuten, die agitativer ausgenutzt werden könnte. Es hat sich herausgestellt, daß die Arbeiter in großer Zahl zum großen Teil mit einer ganzen Reihe von falschen Pässen versehen sind. Wir haben daher für die Einwanderung über die östliche Grenze eine Legitimationskarte eingerichtet, in der der Name und die Nationalität des Arbeiters sowie auch der Name des Arbeitgebers enthalten ist, welchem er verpflichtet ist. Die Karte darf nur bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsvertrages auf einem anderen Ort geschrieben werden. Der Besitz einer solchen Legitimation ist Voraussetzung für den Zutritt der Arbeiter, ihr Mangel hat unbedingt Ausweisung zur Folge. Notwendig ist ein möglichst dichtes Netz von Legitimationsämtern."

Eine große Zahl "gemeinnütziger Arbeitsnachweise" hat sich der Regierung hierzu zur Verfügung gestellt und mit ihrer Hilfe sind Legitimationsämtern an der schlesischen und einem Teil der russischen Grenze errichtet worden. Im Laufe des Jahres ist die Organisation auf die ganze östliche Grenze ausgedehnt worden, sie hat schon Zehntausende von Arbeitern mit solchen Karten versehen. Da die Landwirtschaftskammer die Einrichtung befürwortete, hat die Regierung beschlossen, vom 1. Februar 1908 ab die Einführung der Legitimationskarten an der ganzen östlichen Grenze strikte durchzuführen."

Der freisinnige Abgeordnete Goldschmidt und der Zentrumsabgeordnete Herold traten für Gewährung des Koalitionsrechts an die ausländischen Arbeiter ein. Allerdings nur sehr oberflächlich. Für die Erzzeitung will Herr Herold den ausländischen Arbeitern das Streikrecht nicht gewährt wissen. Als ob für sie dieses Recht außerhalb dieser Zeit eine praktische Bedeutung hätte!

Von Rechts wegen. Bei Gott ist kein Ding unmöglich und im Rechtsstaat Preußen auch nicht. Daß amtliche Stellen, Polizei und Justiz arg Gesetzeskenntnis befinden, Gesetze falsch auslegen und anwenden und so "von Rechts wegen" schweres Unrecht tun, ist nicht Seltenes. Einen besonders trassen Fall dieser Art teilt Regierungsrat Düttmann an in dem von ihm gegründeten "Verficherungsboten" mit. Ein Arbeiter hatte sich durch einen Fall eine Wunde zugezogen, die ihn auf längere Zeit arbeitsunfähig machte. Da er nur vorübergehend beschäftigt war, so hatte er keinen Unterhaltungsanspruch gegen eine Krankenkasse. In seiner Not wandte er sich an seinen letzten Arbeitgeber und bat um eine kleine Unterstüzung. Weder er noch lesterer, noch das Kontorpersonal hatten eine Ahnung davon, daß ihm auf Grund des § 12 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes ein Rechtsanspruch auf Krankenunterstützung gegen den Arbeitgeber zukauf. Der lesterer erstattete vielmehr Anzeige wegen Veteins! Und da Amtsanwalt und Richter von der Bestimmung des obigen Paragraphen anscheinend nichts wußten, so wurde der Arbeiter zu einer Haftstrafe von 14 Tagen wegen Veteins verurteilt! Ein flätischer Beamter, dem er den ganzen Tatbestand erzählte, nahm sich seiner an. Er machte für ihn eine Eingabe an das Amtsgericht, die auch zur Freisprechung des Verurteilten führte. Gleichzeitig benachrichtigte der Beamte die Armenverwaltung, die dem Arbeiter sofort eine Unterstüzung zukommen ließ und den Arbeitgeber dazu anhielt, daß er die Armenunterstüzung zurückerstatte und dem berechtigten Arbeiter den Rest der ihm gesetzlich zustehenden Krankenunterstüzung auszahlte.

Als bei fünf Personen, die als "Nachtbeteiligte" oder amtllich mit der Sache befaßt waren, so folicht Regierungsrat Düttmann seine Betrachtung, "hatte die Gesetzeskenntnis verjagt."

und erst der Geselle, der lieblich anerbienlich aus freien Stücken sich des Mannes annahm, verhalf ihm zu seinem Rechte, indem er auf die ganz zweifelsfreie Rechtslage hinwies. Darum bessere Gesetzeskenntnis!

Der Unternehmer, der den armen Arbeiter wegen Veteins benutzte, ist ein dreimal verächtlicher Wicht. Und die Herren Amtsanwalt und Richter haben eine solch grandiose Unfähigkeit, Recht zu sprechen, bewiesen, daß ihre vorgelegte Behörde ihnen den Laufpaß geben sollte im Interesse der Rechtsicherheit der Staatsbürger, die durch solche rüchtländige Justizsprüche arg gefährdet wird.

Die Harmonie der Christlich-Nationalen. Auf dem sogenannten Deutschen Arbeiterkongress, der im September d. J. unter demokratischen Gunstbegünstigungen der Regierung in Berlin stattfand, war auch der Verband mittlerer bergischer Staatsunterbeamten mit 14000 Mitgliedern vertreten. Der Sekretär dieses Verbandes, Eugen Roth, hat nun, wie der Stuttgarter "Arbeiter" berichtet, in einer Versammlung in Stuttgart erklärt, daß er mit dem evangelischen Arbeitersekretär Fischer in der Beurteilung des Berliner Kongresses einig sei; er gebe sogar noch weiter und sage: der Kongress sei eine innerlich verlogene Veranstaltung gewesen, weil er sich an Parteien halte, die für die Durchführung der gestellten Forderungen die ungeeignetsten seien.

Wie der Arbeitersekretär Fischer, der in Berlin den württembergischen Verband der evangelischen Arbeitervereine vertrat, hat es nun auch der Delegierte des Saarverbandes mit den ultramontan-kontrativ-antifemilichischen Machern der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verstanden. Bærtsch war in Berlin für die Sezanzigung der Kirch- und Dundersche eingetreten, wofür er arg geriffelt worden ist. In einer jungblühenden Versammlung in Saarbrücken hat Bærtsch nun wiederholt den Berliner Kongress als eine Katholikenversammlung bezeichnet und damit zu erkennen gegeben, daß die evangelischen Arbeiter dort nicht für voll angesehen worden sind.

Maurerbeuwegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte: Spadental (Sperre über Neben), Ochsenwärdler (Sperre über A. Blecken);

Schleswig-Holstein: Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperre über Callosen), Wadel (Sperre über Hatje), Husum (Sperre über Petersen), Itzehoe (Sperre über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf);

Mecklenburg: Güstrow (Sperre über Thielke);

Brandenburg: Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhause), Jüterbog (Sperre über die Bauten von G. Wasch-Jüterbog, Niendorf aus Maltershausen und Wwe. Rüger aus Treuenbrietzen im "alten Lager");

Pommern: Pyritz (Sperre über Friedrich Berg), Sydowaus (Sperre über W. Berg in Podojuch), Köslin (Sperre über Schlittner), Neustettin (Sperre über Duske);

Ost- und Westpreussen: Konitz (Sperre über Brozowski in Czerok);

Posen-Schlesien: Muskau (Sperre über Stülpnagel), Waldenburg (Sperre über Tasler in Neu-Salzbrunn);

Königr. Sachsen: Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L-Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L-Möckern K. Edlich, Führerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Potschappel (Sperre über das Bangeschäft von Heger), Döhlen (Sperre über die Bauten der Gusstahlfabrik);

Provinz Sachsen und Anhalt: Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Halle a. d. S. (Sperre über den Fabrikneubau von Priegler & Söhne);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe: Celle, Rorderney (Aussperrung);

Hessen und Waldeck: Glissen (Sperre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperre über Peter);

Bayern: Solb (Sperre über Jäger & Werner), Diessen (Streik);

Fliesenleger:

Duisburg (Sperre über die Zwischenmeister Krüskens und Gebr. Bönnig), Barmen-Rittershaus (Sperre über Rumenshülle), Elberfeld (Sperre über Bross & Hammelsberg);

Oesterreich:

Marienbad i. Böhmen (Aussperrung).

Aus unserer „trüben Quelle“.

Wieder können wir ein geheimes Altentück veröffentlichen. Natürlich stammt es aus der bekannten trüben Quelle; die aber die überraschende Eigenschaft hat, die Sachlage immer klarer erscheinen zu lassen. Das Schriftstück lautet:

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten. C. B.

Essen, den 3. Dezember 1907.
die Herren Mitglieder des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten!

Unsere Mitglieder ist bekannt, daß am 30. November d. J. in ganz Deutschland die Kündigung der Verträge, die im Frühjahr des Jahres 1908 ablaufen, erfolgt ist. Gleichzeitig ist der neue Vertragsentwurf den Arbeiterorganisationen überreicht worden. Mit Rücksicht darauf, daß der neue Vertrag den Arbeitgebern außerordentliche Vorteile sichert, muß unsererseits mit allem Nachdruck versucht werden, ihn möglichst unverändert zur Annahme zu bringen. Es ist nun wohl anzunehmen, daß es ohne Kampf nicht abgehen wird und unsere Mitglieder müssen inmerhin rechtzeitig für alle etwa ausbrechenden Schwierigkeiten gerüstet sein. Wir empfehlen unseren Mitgliedern insbesondere folgendes:

1. Keine Arbeiten zu übernehmen, deren Fertigstellung durch eine Konventionstrafe gesichert werden soll.
2. Es ist dringlich erforderlich, in allen Bauverträgen die Streikklausel anzunehmen, die auf Vorschlag des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe jetzt in allen deutschen Arbeitgeberverbänden, angenommen worden ist.

Diese Streikklausel hat folgenden Wortlaut:

„Eine Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bewirkt die Verlängerung aller Fristen bzw. Sinausgleichung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung.“

Nicht nur in ganz Rheinland und Westfalen, sondern in ganz Mitteldeutschland, das wir unseren Mitgliedern bekannt ist, in allen, auch den stärksten Maßnahmen mit uns völlig übereingehört, wird in gleicher Weise verfahren.

Alle etwa notwendig werdenden Anfragen bitten wir höflichst an unsere Geschäftsstelle zu richten, die vom 15. Dezember berlegt wird nach Mellingshauserstr. 42.

Wir bitten alle unsere Mitglieder dringlich, hierüber Kenntnis zu nehmen und die neue Adresse in den Akten zu notieren.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeberbund für das Baugewerbe

in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, C. B.
Die Geschäftsleitung: H. Schmidtchhaus.

NB. Wir bitten gleichfalls alle unsere Mitglieder höflichst und dringlich, uns die genauen Adressen derjenigen Herren anzugeben, die dem bisherigen Ortsverbande und dem Arbeitgeberbunde noch fernstehen. Wir wollen noch einmal sämtliche Fernstehenden zum Beitritt auffordern, da sie auf andere Weise keinen Vertrag mit der Arbeiter ab schließen können.

Man vergleiche mit diesem Schriftstück die Friedensbetreuungen des Dr. Milenz im „Zentralblatt“, und man wird sehen, wie recht wir taten, als wir es ablehnten, Herrn Dr. Milenz als den richtigen Interpreten der wahren Meinung der Unternehmer anqueren.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbepflicht darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandsvorstandes ausgesprochen werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusprechen ist.

Unterstützungsanweisungen wurden in der Zeit vom 16. bis 21. Dezember für folgende Mitglieder erteilt:

- Willy Steinmann-Jehndrich (Frau), 62 652; Fritz Timmermann-Gannover, 31 575; H. Klingner-Darmstadt (Frau), 261 088; Willy Nieselbach - Giltelbeise, 75 790; Vol. Wrandenburg-Mannheim, 198 988; Konr. Schubarth-Warmuth (Frau), 52 592; Karl Sojanski - Sandow, 301 658; Herr. Boigt - Lindenwalde (Frau), 85 263; Arnold Jony - Göt., 260 928; Adolf Fritz-Frankfurt a. M., 273 259; W. Wandrosch-Plauen i. V. (Frau), 326 078; Ferd. Tietze-Verlin (Frau), 3088; W. Hermann-Gießen (Frau), 851 449; Gg. Müller-Suitgart (Frau), 47 658; Emil Moritz-Wandenburg (Frau), 65 558; Gustav Köhler-Rittau, 109 807; Anton Raub-Hof a. d. S. (Frau), 180 461; Joh. Sier-Triebs, 169 424; Willy Peters-Sietlin, 45 401; Heiner Engelle - Gargburg, 77 030; Willy Belle - Neu-Muppitt (Frau), 90 400; Franz Fahlbusch-Mannheim, 317 863; Adolf Strauß-Beipzig, 36 008; Aug. Dnjorge-Gannover, 351 315; Joh. Herze-Breslau (Frau), 16 528; Val. Heringmann-Mannheim, 199 128; Otto Wanken-Josen, 452 936; Adolf Storz-Glückstadt, 276 166; Herm. Follp-Berlin (Frau), 1481; Aug. Burgentier-Guben, 75 488; Emil Reinhold-Schmidt (Frau), 99 064.

Geldbesichtigungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **F. Kistler, Hamburg 1, Besenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Einzahlung ist auf dem Postabschnitt anzugeben; wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 17. bis 21. Dezember 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Oldenburg M. 800, Altenburg 800, Merseburg 800, Heidelberg 800, Herne 800, Seidenberg 850, Zeitz 800, Meuselwitz 100, Schwärzenberg 100, Ostfeld 111,32, Osterburg 62,82, Dörfelberg 1200, Freiburg i. Breisgau-400, Andersb. i. Bayern 300, Ipehoe 180, Alt-Cöfel 150, Gohlshausen 62,20, Hornburg 4,31, Dortmund 1600, Bielefeld 1000, Karlsruhe 500, Werder a. d. Havel 300, Kreuzburg i. Schl. 38,90, Schweinfurt 9,85, Banzberg a. d. Warthe 800, Gera 800, Gotha 400, Lödrach 200.

b) Arbeit und Kultur.

Karlsruhe M. 75.

c) Für Kalender.

Herne M. 135, Zeitz 50, Braunschweig 12,50, Lunden 10, Romburg 2,50, Hornburg 6, Karlsruhe 180, Werder a. d. S. 5, Kreuzburg i. Schl. 12,50.

Vom **Verbandsvorstande** bekämpft sind die neugewählten Vorstandmitglieder der Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Mit verloren genehmet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen **S. Karsten-Snoien (72 138)**, **M. Schwarz-Gelsenkirchen (119 264)**, **Heinr. Behrens-Nordenham (125 883)**, **Otto Reiffers-Staßfurt (128 289)**, **Karl Veffert-Borsheim (149 864)**, **W. Gahmann-Greif (253 570)**, **Heinr. Wegler-Frankfurt a. M. (278 051)**, **Otto Schultheiß-St. Johann (287 152)**, **Oskar Stephan-Gengenbach (310 140)**, **Theop. Wille-Danzig (312 322)**, **Gust. Schwarz-Borsheim (342 547)**, **Ferd. Woytow-Wauen (465 139)**, **Joh. Schmidt-Mittenberg (489 305)**, **Louis Jäger-Straburg i. Gsl. (376 496)**, **Wag. Dorn-Dieskau (326 646)**, **Heinr. Kruse-Uberhausen (278 744)**, **Karl Sydon-Freienwalde (164 932)**, **Willy. Schneider-Göt. (128 981)**.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein **Münden i. Hannover**: **Heinrich Kellner (Verb.-Nr. 88 858)**; **Göttingen**: **August Pieper (473 662)**; **Dortmund**: **Franz Kowalski (182 243)**; **Sonderburg**: **F. Manfner (146 591)**; **Nordenham**: **Johes Feider (107 318)**; **Wurzen**: **Heinrich Nullich (983 127)**, **Johannes Zey (383 125)**, **Gustav Scholz (383 128)**, **Hermann Bornstift (438 822)**, **Gustav Schmidt (183 932)**; **Verlin**: **Willelm Prangalt (10 124)**.

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein **Göln**: **Jakob Schöbe**, geboren am 30. November 1888 zu Nohlfäden (Verb.-Nr. 456 093); **Herrn**: **Gustav Nitzberg (138 759)**.

Im Antrage seiner Adresse erucht der **Verbandsvorstand**: **Hermann Jöhki**, geboren am 18. April 1888 zu Kiet (Verb.-Nr. 862 186).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.
Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Gauverbände.

Gau Steint.

Zu Einverständnis mit dem Hauptvorstand wird der **erste Gantag** auf **Sonnabend**, den 1. Februar 1908, **Abends 8 Uhr**, und den folgenden Sonntag nach **Stettin**, **Rosal. Zum Greit**, **GHafelstraße**, einberufen.

Die vorläufige Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Agitation. 3. Lohnbewegung. 4. Allgemeine Anträge und Wahlen.

Jeder Verein muss vertreten sein. Mitgliedsbuch und Mandat gilt als Legitimation des Delegierten. Anträge der Vereine sind sofort einzureichen.

Der Gauvorstand.
Willy Schauer, Vorsitzender.

Berichte.

Angereicher Kassierer.

Am 10. Dezember wurde der frühere Kassierer **Johann Schmeller** aus **Merteln** wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern im Betrage von **M. 112,90** zu einer Gefängnisstrafe von **14 Tagen** verurteilt. Der Amtsrichter und auch der Staatsanwalt erklärten, nicht die Höhe der unterschlagenen Summe, sondern der grobe Vertrauensbruch gegenüber seinen Berufskollegen falle erschwerend ins Gewicht!

Verlin. (Quartalsbericht.) Am 12. Dezember nahm eine Generalversammlung des Zweigvereins den Bericht und die Abrechnung vom dritten Quartal und die Abrechnung von der diesjährigen Lohnbewegung entgegen. Den Bericht erstattete der Kollege **Hanke**. Er führte aus, daß sich jetzt wohl eine klare Übersicht über die Situation gewinnen läßt. Auch der hiesige Bezirksvorstand des diesjährigen Kampfes müße heute eingesehen, daß sich die Vertreter-Lohnbewegung und die beschließende Generalversammlung vor der Lohnbewegung in der Auffassung über die Konjunktur geirrt haben. Schon in einer früheren Generalversammlung wurde über die damals herrschende schlechte Konjunktur gesprochen; heute sei festzustellen, daß sich die Lage noch bedeutend verschlechtert habe. Denn während sich der Baupflicht seit der Beendigung der Lohnbewegung nicht verändert habe, sei der Zugang infolge der zurückgehenden Konjunktur in den meisten Teilen des Landes so stark, daß Verlin in noch nie gekanntem Maße von ortsfremden Kollegen überlaufen wird. Die beste Übersicht gestattet ein Vergleich der durch die Baukontrollen in den verschiedenen Jahren festgestellten Zahlen. Danach ähnele die Lage der des Jahres 1902. Auch damals befanden sich die Maurer in einer ähnlichen Situation wie heute: derselbe Zustand auf dem Geldmarkt, dieselbe Depression im Wirtschaftslieben. Bei der Baukontrolle am 11. November 1902 wurden auf 594 Arbeitsstellen 8326 Gefellen vorgefunden, darunter auf 320 Rohbauten 6484 Maurer. Am 26. November 1907 wurden 1220 Arbeitsstellen mit 8502 Gefellen vorgefunden, darunter 352 Rohbauten mit 6060 Maurern. Mitlin sind jetzt auf 32 mehr aufgefundenen Bauten 435 Maurer weniger festgesetzt worden. Jedoch ist die Arbeitslosigkeit bei weitem nicht so groß und die Lage nicht so ungünstig, wie in den Kreisen der Kollegen oft angenommen wird. Am 30. Oktober 1906 wurden auf 1445 Bauten 12 875 Maurer festgesetzt, mitlin 225 Bauten mit 4073 Maurern mehr als am 26. November 1907. Bei der letzten Kontrolle vor der Lohnbewegung am 14. Mai 1907 wurden auf 99 Affordbauten 1000 Affordmaurer festgesetzt, am 26. November 1907 wurden auf 82 Affordbauten 1071 Affordmaurer festgesetzt, wozu noch auf 19 Bauten 250 Affordmaurer kommen; es handelt sich dabei um Bauten, wo teilweise in Lohn und teilweise in Afford gearbeitet wird. Am 30. Oktober 1906 wurden 791 Affordmaurer auf 79 Bauten festgesetzt, mitlin sind bei der letzten Baukontrolle 530 Affordmaurer mehr festgesetzt worden. Bezüglich der Löhne ist es festzustellen, daß sie nicht mehr die Beständigkeit zeigen, wie unter dem Vertragsverhältnis. Im Anschluß an diesen Bericht ging der Berichterstatter dann näher auf die Pläne der Unternehmer ein, wie sie die Kollegen durch das im „Grundstein“ veröffentlichte Geheimprotokoll des Arbeitgeberbundes den Kollegen bekannt geworden sind. Ferner machte er auf ein Gerücht aufmerksam, wonach die Unternehmer beabsichtigen, den Stundenlohn unter 75 s herabzubringen. Derartige Versuche müßten mit aller Energie zurückgewiesen werden, niemand dürfe sich Lohnabgabe gefallen lassen. Sodann führte er einen Fall an, in dem sich der Affordmaurerverein zur Arbeit absetzt; doch habe er die betreffende Arbeit nicht erhalten, da sich noch billigere Affordmaurer angeboten hätten. Damit ist also den Kaufpreisen im Streit jeher der Stuhl vor die Tür gesetzt worden. Auch die Poliere, die im Streit ebenfalls zum größten Teil den Unternehmern gelassen haben, scheinen jetzt nicht beabsichtigt zu werden; denn von einer Firma ist mitgeteilt worden, daß sie ihren Kollegen den Lohn um **M. 10 pro Woche** gekürzt habe. Aus all den Vorgängen könnten die Kollegen nur die Lehre ziehen, daß sie sich noch mehr als bisher in der Organisation zusammenfassen müßten, damit alle jene hochtadelnden Pläne der Unternehmer von vornherein zu scheitern werden. Den Kassenbericht vom 3. Quartal gab der Kollege **Wartenberg**. In den Zahlstellen und Sektionen betrug die Einnahme **M. 175 871,42**, der eine Ausgabe von **M. 26 074,30** gegenübersteht. Der Bestand beträgt also **M. 149 797,12**. In der Zweigvereinskasse betragen die Einnahmen **M. 574 399,99**, die Ausgaben **M. 447 341,48**; der Bestand beträgt also **M. 127 058,51**. Insgesamt befinden sich **M. 276 855,63** am Orte. Am Schlusse des Quartals hatte der Zweigverein 11 949 Mitglieder, und zwar 7306 Maurer, 2290 Putzer und 2353 Angehörige der Gips- und Zementbranche. Die Abrechnung von der Lohnbewegung, bezeichnet eine Einnahme von **M. 1 014 348,97**. In dieser Summe befinden sich: -Zuschuß aus der Hauptkasse **M. 515 000**, von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse **M. 119 819,49**, von den Streiftrahbeiträgen der in Arbeit getretenen Mitglieder **M. 809 798,75**, aus den Kassen des Zweigvereins und der Sektionen **M. 69 460,48** und sonstige Einnahmen **M. 270,25**. In der Ausgabe von **M. 1 014 348,97** befinden sich: **M. 907 307,70** für Streituferstützung, **M. 12 460,30** für Reisegeld an Angestellte, **M. 12 327,34** für Fernhaltung des Zugangs, **M. 3175,50** für politische Strafmandate, **M. 3655,57** für Gerichtskosten, Kaminrentschickung und Verteidigerkosten und **M. 50 871,40** für Witterunterstützung. Die übrigen Zahlen sehen sich aus verschiedenen kleineren Posten zusammen. Am Streit waren 15 017 Verheiratete mit 16 530 Kindern und 3227 Unverheiratete beteiligt. Aus Anlaß der Lohnbewegung sind 47 Anlagen erhoben; in 37 Fällen erfolgte Verurteilung, in 10 Fällen Freisprechung. Im ganzen wurden durch Gerichtsbeschlüsse verhängt: **M. 768** Geldstrafe, **8** Jahre, **11** Monate und **29** Tage Gefängnis. Hierauf erstattete der Kollege **Silberfchmidt** den Bericht von den Einigungs-verhandlungen mit den Lokalfisten. Die darin vorgeschlagenen Uebertrittsbedingungen wurden einstimmig von der Versammlung aufgegeben. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung nicht gut besuchten Versammlung.

Bodum. (Christliche Duldsamkeit.) Am Schulbau bei Müller in Grumme z. B. weiterte sich ein Zentralverbändler, dem Kollege eine Festkarte des „Zweigvereins“ abzulassen, und da er noch nicht jedes Tage gearbeitet hatte, also noch ohne Kündigung entlassen werden konnte, hatte seine Stunde geschlagen, er wurde zur Frühstückspause entlassen. Das Mittel der Demunation ist bekanntlich dem bekannten Anton Meise nicht ungeläufig. Damit seine früheren Demunationsentscheidungen nicht in Vergessenheit geraten, hat er kürzlich für ein neues Mühnesblatt dieser Kunst gefordert. Am 27. November nahm Meise in Langendreer eine Baukontrollen vor. Auf der Arbeitsstelle Hegerfeld war seit seinem letzten Besuche aus der christlichen Majorität eine Minorität geworden. Die Zentralverbändler, an die er sich auch wendete, gaben ihm wahrheitsgetreue Auskunft, sie teilten ihm auf Anfrage die Zahl seiner Getreuen mit. Anton eruchte ihnen dafür wohlgemeinte Ratschläge; sie möchten sich doch betragen — bis jetzt haben die Kollegen beider Richtungen, scheidlich friedlich zusammengelebt — es sei nicht ausgeschlossen, daß es im nächsten Jahre zum Kampfe komme, und dann sei die Einigkeit um so notwendiger. Das war ganz schön und gut. Was aber ist Meise? Er geht zum Kollege und hebt an: Meine Kollegen gehen jetzt bald nach Hause, entlassen Sie doch die „Sozialdemokraten“ auch... Was werde schon dafür sorgen, daß der Bau wieder mit Christlichen besetzt wird. So wurde dem Herrn Meise die wahrheitsgetreue Auskunft der Zentralverbändler belohnt. Er hat in diesem Falle allerdings sein Ziel nicht erreicht. Nichtsdestoweniger verdient sein „edles Streben“ die gebührende Demunation.

Colbitz. Die am 15. Dezember im Vertrauenslokal abgehaltene Versammlung des hiesigen Zweigvereins war von ungefähr 50 Mitgliedern besucht. Als erster Vorsitzender wurde Heinrich Kempe und als erster Kassierer Wihl, Schüler gewählt. In Punkt 2 wurde beschlossen, soweit Colbitz in Betracht kommt, von einer Lohnforderung für 1908 abzusehen, jedoch im alten Tarif den Lohn für Heinrichberg von 45 $\frac{1}{2}$ auf 49 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Dann wurde beschlossen, im Jahre 1908 unser jährliches Stiftungsfest durch ein Ballvergnügen festlich zu begehen. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, und der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, treu zur Organisation zu stehen, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation geschlossen.

Frankenhäuser. Sonntag, den 15. Dezember, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Besuch war diesmal besser, als bei den vorhergehenden; dennoch mußte der Vorsitzende konstatieren, daß die Versammlung doch noch bedeutend stärker besucht sein könnte. Noch lange nicht alle Mitglieder haben den Ernst der Situation begriffen. Der Verhandlungsbericht des Arbeitgeberverbandes bildete das Hauptthema der Verhandlungen. Der Vorsitzende gab die nötigen Erläuterungen. Die zweifelhafte Stimmung der Mitglieder ist erfreulich, sie sind gewillt, Opfer zu bringen und nötigenfalls auch zu kämpfen. Beschlüsse wurden, während der beitragsfreien Zeit einen Lokalbeitrag von 10 $\frac{1}{2}$ pro Woche zu zahlen. Unser Kassierer konnte konstatieren, daß wohl fast alle Kollegen dem Verbandsangehörigen, mit Ausnahme der beim letzten Streik „arbeitswillig“ gewordenen. Um auch diesen wieder Gelegenheit zu geben, sich dem Verbands wieder anzuschließen, machte ein Kollege den Vorschlag, den in einer früheren Versammlung gefassten Beschluß, wonach diese Kollegen nur wieder aufgenommen werden können, wenn sie persönlich in einer Mitgliederversammlung erscheinen, aufzuheben und zu beschließen, daß die Nachsuchenden beim Vorstand ihre Aufnahme bewirken können. Hierzu bestand aber keine Neigung; es bleibt vorläufig bei dem Beschluß. Weiter war die Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz vorgeschrieben; Kollege Alfred Barthel wurde mit der Vertretung betraut;

Görth. In der am 18. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung standen die Neuwahlen des Zweigvereinsvorstandes auf der Tagesordnung. Die Kollegen Gustav Pohl, erster Kassierer, und Bruno Wähld, Schriftführer, lehnten eine Wiederwahl ab. Gewählt wurde als erster Vorsitzender Max Goer, als erster Kassierer Max Scholz. Unter „Verbandsangelegenheiten“ brachte der Vorsitzende, Max Goer, einen Antrag ein, ihm anlässlich seiner Teilnahme am Unterrichtskursus dem 13. Januar bis 15. Februar in Berlin den Lohnausfall resp. eine Pauschalsumme von 40 aus der Lokalfasse zu bewilligen. Nach langer, sehr heftiger Diskussion wurde dieser Antrag nahezu einstimmig abgelehnt. In harten Worten wandten sich fast sämtliche Diskussionsredner gegen den Beschluß, der auf Anregung des Verbandsvorstandes auf dem Verbandstage angenommen worden ist, wonach der Ausfall des Lohnes für Teilnehmer an den Unterrichtskursen aus den Lokalfassen begahrt werden soll. Der Görthiger Zweigverein protestiert gegen die Gesplogtheit des Verbandsvorstandes, über Lokalfassengelder zu bestimmen, und lehnt auch für die Zukunft derartige Gesuche ab. Richter der Verbandsvorstand solche Unterrichtskurse ein, ohne die Mitglieder zu fragen, dann soll er die Mittel hierzu nicht aus der Lokalfasse verlangen. Die Lokalfassen sind für lokale Zwecke, z. B. Mietunterstützungen bei Streiks, Zuschüsse bei Maßregelungsunterstützungen und dergleichen da. Es wurde ausgeführt, daß es besser gewesen wäre, sämtliche Kosten für die Unterrichtskurse aus der Hauptkasse zu bezahlen, anstatt durch das Verlangen, die Kosten zum Teil der Lokalfasse aufzuerlegen, erst Erbitterung unter den Kollegen zu schaffen. Man wird vielleicht einwenden, daß ja der Verbandstag diesen Beschluß gefaßt hat und daß sich die Kollegen diesen Beschlüssen fügen müssen. Die Anwesenden waren aber der Meinung, daß gerade auf den Verbandstagen in der Mehrzahl solche Delegierte anwesend sind, die vielleicht auch einmal auf die Schule kommen, und dann für solche Vorschläge zu haben sind, die aber nicht die Zustimmung der Kollegen finden. In „Verschiedenes“ stellte Kollege Krause den Antrag: Alle früher gefassten Beschlüsse des Zweigvereins sind in Druck zu geben und jedem Mitglied ein Exemplar auszuhändigen. Dieser Antrag wurde angenommen. Desgleichen der Antrag, in einer der nächsten Versammlungen einen Vortrag über: „Die Schädlichkeit und die Auswüchse der Affordarbeit“ halten zu lassen. Weiter wurde angeregt, den Verkehr der Kollegen untereinander im Verkehrslokal mehr zu heben. Das Lokal ist die „Union“. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, alle persönlichen Angriffe in Zukunft gegenseitig zu vermeiden und nur das eine Ziel im Auge zu behalten: Agitieren und organisieren zum Wohle der Allgemeinheit. Beschlossen wurde noch, zur Pflege der Geselligkeit am 25. Januar im „Götterbau“ einen Unterhaltungsabend zu veranstalten.

Görlitz. Am 14. Dezember hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die trotz der wichtigsten Tagesordnung nur mäßig besucht war. Auf der Tagesordnung stand zunächst Neuwahl des Vorstandes. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Kassierer belegte sich, daß von den Kollegen Wihl, Ederdt, Heinrich Spier und Wihl, Helmsdorf die Beiträge nicht eingutreiben seien. Hierüber entpann sich eine lebhafte Debatte, und es wurde einstimmig beschlossen, die Kollegen wegen Schulden zu streifen, da sie schon über die statistische Frist schuldig sind. In „Verschiedenes“ wurde angeregt, den kürzlich gegründeten Arbeitergesangsverein fräglich zu unterstützen. Sodann wurde noch gerügt, daß der Sohn des Besitzers vom hiesigen „Bürgergarten“ in Schlagen, Streikbrecher geworden ist und sich sogar besonders herbeizut. Kollegen, da möchtet ihr Euch doch zurufen, Eure Solidarität zu betätigen und -bort nicht zu verkehren, sondern da hinzugehen, wo wir hingehören. Nachdem der Vorsitzende noch einmal zur regen Arbeit für die Organisation angefeuert hatte, damit wir immer so gut dastehen

möchten wie jetzt, wo alle Kollegen organisiert sind, wurde die Versammlung geschlossen.

Kaiserslautern. Sonntag, 15. Dezember, fand hier eine Zweigvereinskonferenz statt, die von den landlichen Orten nur mäßig besucht war. Aber auch die hiesigen Kollegen brachten der Konferenz sehr wenig Interesse entgegen. Gerade die jetzige Zeit macht es erforderlich, Versammlungen zu besuchen, um die Stellung zu befestigen, die für die kommenden Kämpfe eingenommen werden soll. Nachdem die sämtlichen Kollegen Bericht über die Verhältnisse ihrer Orte gegeben hatten, zeigte Kollege Joerg ein Gesamtbild und meinte, daß der Zweigverein auch in die Tiefe gehen müsse, nachdem er in die Breite gegangen sei. Es müsse sich jeder Kollege von den Aufgaben der Gewerkschaften und deren Grundrissen überzeugen, dazu sei das Lesen des „Grundstein“, sowie die Benutzung der Bibliothek des Gewerkschaftslokals nötig. Weiter wurde scharf kritisiert, daß es noch immer einige Kollegen gibt, die ihre Ertragsbeiträge noch nicht entrichtet haben. Der Vorsitzende forderte die Delegierten auf, dafür Sorge zu tragen, daß die noch verbleibenden Kollegen das Besäumte nachholen. Die Hauptzweck der Kollegen gehen auch nach den laufenden Beiträgen aus dem Wege. Diese hätten es gewiß nötig, haben sie doch durch den Verband einen Stundenlohn von 48 $\frac{1}{2}$ erreicht, wo vor noch zwei Jahren ein solcher von 35 $\frac{1}{2}$ zu vergleichen war. Daß die Ertragsbeiträge nach Aufwand zum Revolutionsverdienst würden, sei ihm gelegentlich einer Versammlung in Weßbach von einem „Christlichen“ entgegengehalten worden; dies sei jedoch Verleumdung. Daß aber diese Mähr von eigenen Kollegen genährt werde, sei bedauerlich. Aufgabe der Parteistellvertreter und Hilfskassierer sei es, monatlich die Beiträge an den Kassierer abzuliefern und am Quartalschluß dem Zweigvereinsvorstande eine übersichtliche Abrechnung zu geben, damit der Vorstand in der Lage sei, dem Verbandsvorstande ein genaues Bild über den Zweigverein überliefern zu können. Die Kollegen sprachen sich dahin aus, daß sie ihr Möglichstes tun wollten. Es müsse sich auch ein besseres Zusammengehörigkeitsgefühl geltend machen, das bisher noch bei einigen Kollegen fehle. Kollege Joerg hielt dann einen Vortrag über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften“. Er führte aus, daß wir zwar in einer kulturellen Zeit leben, aber auf den Leib der Arbeiter sei sie nicht zugehört. In ihr gelte der Arbeiter bloß als Objekt, um als große Masse einer Minderheit von Besitzenden das nötige Relief zu geben. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die Arbeiter dahin aufzuführen, ihr das nötige Verständnis beizubringen, wie verbesserungsbedürftig ihre Lage ist, und wie sie verbessert werden kann. Die Kultur sei in dem verflochtenen Jahrhundert riesenhaft vorträts geschritten; die Technik habe einen ungeheuren Aufschwung genommen. Auf der einen Seite sehen wir die kolossale Rentabilität der Betriebe, auf der anderen Seite die ausgepörrte Masse. Es sei anzuerkennen, daß die letzten Jahre nicht spurlos an den Gewerkschaften vorbeigegangen seien. Der in engem Zusammenhang der Arbeiter geplante Baum habe sich mächtig entwickelt und trage zum Teil schon Früchte; Aufgabe der Arbeiter sei es nun, ihn so zu beschneiden, daß er noch weitere Früchte trage. Das Streben der Gewerkschaften sei, den subjektiven Arbeitsvertrag durch den kollektiven Arbeitsvertrag zu ersetzen. Man dürfe aber auch die Schwierigkeiten nicht verkennen, die uns das Unternehmertum dabei entgegensetze. Denn das Unternehmertum wisse recht gut, daß es ein Elend Sozialismus ist, wenn die Arbeiter mitbestimmen bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind. Mit den gemeinschaftlichen Organisationen allein sei das Ziel nicht zu erreichen. Heute sei das Streben der Arbeiter in erster Linie auf die Erhöhung des Einkommens gerichtet, weil sie nicht leben können, wie sie es gerne möchten. Es sei nicht zu befehlen, daß hohe Löhne eine Hauptforderung der Arbeiter sein müssen. Aber hohe Löhne bedeuten noch nicht die Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer Misere; das Unternehmertum verheißt es recht gut, erhöhte Betriebskosten auf die Masse abzuwälzen. Ebenso sei es auch notwendig, daß die Arbeiter mit ihrer Arbeitskraft hausfächerlich umgehen. Leider sehen wir, daß noch ein großer Teil geradezu Raubbau mit seiner Gesundheit treibt. Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit dürfe nicht aus dem Auge gelassen werden, damit der Arbeiter die Gelegenheit erhalte, das wahre Leben kennen zu lernen. Die Affordarbeit sei geradezu ein Gemütschmerz in der Arbeiterbewegung; an ihrer Beseitigung sollten alle Kollegen mitwirken. Redner wies noch, daß die Affordlöhne am hiesigen Plage um 15 bis 20 pZt. der Stundenlohn aber um 80 bis 100 pZt. seit 20 Jahren gestiegen seien. Die Gewerkschaftsbewegung in ihrer heutigen Form sei auch nur unter den heutigen Gesellschaftsformen möglich, sobald wir andere Gesellschaftsformen haben, müßten auch die Organisationsformen anders sein. Unsere Bestrebungen müssen dahin gehen, einer Gesellschaft ein Grab zu bereiten, in der sich ein Teil aus die Schulden der Schwachen stellt, um gut leben zu können. Je mehr sich die Arbeiter in den modernen Organisationen zusammenschließen, um so mehr müssen sie auch Kampfpolitik treiben. Der Staat hinfie nur hinter dem Willen der Arbeiter nach, und nur auf Drängen der Sozialdemokratie sei die Sozialgesetzgebung geschaffen worden, die aber heute einer intensiven Reform bedürftig sei. Die Arbeiter hätten den Wert der Selbstverwaltung in den einzelnen Verhandlungspaketen begriffen. Das Unternehmertum habe die Absicht, alle Erfolge auf diesem Gebiete zu nichte zu machen. Jeder Gewerkschaftler solle in Staat und Gemeinde seinen Einfluß geltend machen, seine Ideen auf die Jugend übertragen, denn diese müsse unter Erde übernehmen; deshalb müßten wir sie so erziehen, daß sie es sofort übernehmen kann. Jeder Arbeiter müsse begreifen lernen, daß er Gewerkschaftler und Politiker zugleich zu sein habe. Wenn sich darüber jeder klar sei, was er als Staatsbürger für Rechte und Pflichten habe, wenn sich jeder so heranzubilde, um das Evangelium der Menschheit zu verkünden, dann würden wir Schritt für Schritt vorwärts kommen zum endlichen Siege. Anschließend an dieses mit Beifall aufgenommenen Referat sprachen sich die Diskussionsredner für die Beseitigung der Affordarbeit aus. Zum nächsten Punkt gab Kollege Joerg

ein Bild über die Entwicklung des Verbandes, seine schon geführten Kämpfe, sowie die Arten der Bekämpfungsmittel durch das Unternehmertum. Die letzten Vorgänge innerhalb des Unternehmertums zeigten aber, daß die Offensive ergriffen werden soll. Dazu sei es notwendig, wenn die Kräfte des Kampfes erschaffen, daß alle Kollegen einmütig unter dem Banner des Verbandes auszuhalten, bis der Ruf erschalle: Sieg auf der ganzen Linie. Nach einigen Anordnungen und Bemerkungen hatte die Konferenz ihr Ende erreicht. Den Kollegen aber rufen wir zu: Besucht Eure Versammlungen besser, die Zeit verlangt es!

Königsberg i. Pr. Eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins tagte am 19. Dezember. Kollege Kriese sprach über die Einigungsverhandlung mit den Kollegen von der Freien Vereinigung. Redner führte aus, daß für Königsberg die Einigungsfrage eine besondere Bedeutung habe, weil ja schon die Verpfändung durch die Christen höchst nachteilig wirkt. Um so bedauerlicher sei es, daß politisch gleichbedeutende Kollegen in zwei Organisationen gesplittet seien. Redner erläuterte, sobald eingehend die Einigungsbedingungen, die in Berlin von den Delegierten beider Organisationen festgesetzt worden sind und ersuchte die Kollegen, diesem einmütig zuzustimmen. In der Diskussion sprachen alle Redner (auch Kollegen von der Freien Vereinigung, die als Gäste anwesend waren) ihre Freude darüber aus, daß die Einigungsfrage soweit gediehen sei und äußerten den Wunsch, daß auch die Konferenz der Freien Vereinigung den aufgestellten Bedingungen zustimmen möge. Die Versammlung stimmte sodann den Hebertrittsbedingungen einstimmig zu.

Leipzig. Am 17. d. M. fand hier im „Volkshaus“ eine öffentliche Mutterversammlung statt. Kollege Jacob referierte über: „Der Bauarbeiterbund und seine Wünsche“. Der Redner befragte in längeren Ausführungen die Verhandlungen der Unternehmer auf ihrer Generalversammlung am 21. Oktober d. J. in Berlin sowie die einzelnen Paragraphen des beschlossenen Vertragsentwurfes. Hierbei kennzeichnete er die Absichten und Ausprägungslinie der Unternehmer und forderte die Anwesenden auf, für die Organisation zu agitieren, nur eine starke Organisation sei in der Lage, die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen. Beifall folgte den Ausführungen. Unter „Berufsangelegenheiten“ berichtete Kollege Bauerfeld über die Tätigkeit der Bauarbeiterkommission. Er beurteilte die Vauheit der Kollegen, die sich deutlich in dem schledten Besuch der letzten Bauarbeiterversammlung gezeigt habe, und ersuchte die Anwesenden, mehr als bisher für den Bauarbeiterbund einzutreten. Der Vorschlag, den Vertrauensmann und zwei Mitglieder des Agitationskomitees als Vertreter in die Kommission zu entsenden, wurde angenommen. Den Bericht der Generalversammlungsvorrede bei der Ortskrankenkasse zur Leipzig erstattete Kollege Kießling. Die Auffstellung der Vertreter zur Neuwahl wurde dem Agitationskomitee überwießen. Der Antrag, den Kollegen Schlegel - jeglicher Bauunternehmer - wegen seines Verhaltens bei der Bautenkontrolle auszuschließen, wurde ebenfalls dem Agitationskomitee überwießen. Ferner wurde das Agitationskomitee beauftragt, die Besonderen betr. Nebenstunden bei Steub, Steyer und Wöbe zu unterjagen und mit den betreffenden Kollegen statutenmäßig zu verfahren. Kollege Berthold gab noch bekannt, daß in nächster Zeit die Bürger zu einer Kontrolle eingezogen würden, und daß die Kollegen, die Wähler abzugeben.

Mühlberg-Nichtenberg. Am 15. Dezember fand im „Preußischen Hof“ zu Mühlberg eine Mitgliederversammlung statt, zu der auch die hiesigen Zimmerer geladen waren, die aber leider trotz der wichtigsten Tagesordnung sehr spärlich besucht war. Der erste Punkt betraf die Lohnfrage. Es wurde beschlossen, den alten Vertrag zu kündigen und neue Forderungen einzutreten. Unter „Verschiedenes“ fanden mehrere innere Angelegenheiten ihre Erledigung. Besucht war die Versammlung von 25 Maurern und 3 Zimmerern, es war also noch nicht einmal die Hälfte beider Gewerkschaften anwesend. Es ist hieraus zu ersehen, wie wenig Interesse selbst die Mitglieder für die Organisation haben. Es wäre wohl endlich einmal Zeit, daß sich die Kollegen von Mühlberg und Umgebung etwas mehr der Organisation widmen und mit mehr Interesse dafür streben, daß auch wir bessere Bedingungen und ein menschenwürdigeres Leben führen können. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die politische Organisation und die Arbeiterpresse hin.

Nordhausen. Dienstag, den 17. Dezember tagte hier eine Generalversammlung in der 71 Kollegen anwesend waren. Zunächst wurde der Kartebericht erstattet. Bezüglich der Feuerungsulage von 2 $\frac{1}{2}$ forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich recht rege über diesen Punkt zu äußern. Do aber kein Kollege den Mut hierzu besaß, schloß sich der Kassierer betanlagt, der Versammlung den Vertrag von 1904 vorzulesen. Hierauf ließen mehrere Anträge ein. Angenommen wurde der Antrag des Kollegen Thelemann, der lautet: vorläufig die 2 $\frac{1}{2}$ anzunehmen, aber doch ein nochmaliges Schreiben der Lohnkommission an die Zinnung abzugeben, da einige Unternehmer bereits mehr zahlen. Das Schreiben wurde sofort ausgearbeitet. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Moritz Richter wiedergewählt und als erster Kassierer Kollege Kommer.

Notawitz. Am 17. Dezember tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung im Singerschen Lokale, die gut besucht war. Der Vorsitzende teilte zunächst mit, daß der Vorstand in seiner letzten Sitzung beantragt, drei frange Kollegen zu Weihnachten mit je 30 zu unterstützen. Die Versammlung genehmigte diesen Antrag einstimmig. Alsdann machte Kollege Seidenreich darauf aufmerksam, daß jetzt die Verbandsbücher von den Hilfskassierern eingezogen werden zur Jahreskontrolle. Kollegen, die an der Berliner Lohnbewegung beteiligt waren, möchten ihre grüne Legitimationskarte mit abgeben. Ferner wurde mitgeteilt, daß noch einige Kollegen gar keine Ertragsbeiträge gezahlt haben. Es soll den Betroffenen nochmals durch die Hilfskassierer mitgeteilt werden, daß ihnen der „Grundstein“ entzogen wird, falls sie sich weigern, den Ertragsbeitrag zu entrichten. Im weiteren Verlauf den

Berammlung kam zur Sprache, daß der Kollege Fröh...

Offenbach a. M. Am 17. Dezember tagte im Gewerkschaftshaus...

Rotterdam. Die letzte Maurerbearbeitung (wann?)...

Stargard. Vom Vorstand des Hauses Stettin wird...

nisse und empfahl den beteiligten Kollegen, ein...

Wuzen. Am 16. Dezember tagte im „Schützenhaus“...

Macht, ihre ganze Traktion, ihre Arme — und auf...

Offenbar hat Herr Generalsekretär Willemin die...

Wir haben schon mehrfach über den ersten...

Betralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 15. bis 21. Dezember sind folgende...

Zulassung erhielten: Kiel M. 600, Friedrichsberg 600, Breslau 400...

Den drückenden Verwaltungsaufgaben sowie allen Mitgliedern...

Attorna, den 21. Dezember 1907.

Der Vorstand.

S. A.: R. Reif, Hauptkassierer.

Dem Bau.

Anfälle, Arbeiterquä, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfallen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen...

Geißbrunn. Am 14. Dezember stürzte der Kollege Gottlieb König beim Ausbeizen eines Daches ab...

Kiel. Am 20. Dezember, Mittags 12 Uhr, stürzten ein Giebel und Teile der Hinter- und Vorderfronten...

Am 20. Dezember, Mittags 12 Uhr, stürzten ein Giebel und Teile der Hinter- und Vorderfronten...

Am 20. Dezember, Mittags 12 Uhr, stürzten ein Giebel und Teile der Hinter- und Vorderfronten...

Am 20. Dezember, Mittags 12 Uhr, stürzten ein Giebel und Teile der Hinter- und Vorderfronten...

der Bierradener Straße zu Schaden gekommen. Beim Aufstellen von 15 bis 20 Bentner schweren eisernen Säulen fiel eine zur Erde, wobei sie dem Kollegen die Hände und das linke Bein streifte. Häufige der Kollege die drohende Gefahr nicht sofort erkannt, so daß er schnell noch zur Seite springen konnte, wäre er kaum mit dem Leben davongekommen. Die Verletzungen waren ohnehin so schwer, daß er die Arbeitsstelle verlassen und ärztliche Hilfe nehmen mußte.

*** Bauarbeiter-Schutz in Bad-Neidenhall.** Bei dem Karibafabrik im Jahre 1906 wurde mit unseren Unternehmern ein Paktus vereinbart, der also lautet: „Die ober- und unterirdischen sowie Unfallversicherungsbeiträge müssen auf 3 f r e n g f t e eingepreist werden.“ Die Unternehmer stimmten sofort zu, mit dem Bemerkten, daß man über die gesetzlichen Bestimmungen ja ohnehin nicht hinauströme usw. Man hätte nun meinen können, daß eine große umfangreiche Verbesserung im Bauarbeiter-Schutz eintreten werde. Aber weit gefehlt. Nach wie vor blieb die alte Schlanperlei, soweit nicht durch den Druck der Organisation etwas gebessert wurde, bestehen. Im Frühjahr 1907 wurde eine Bauarbeiter-Schutzkommission gebildet, die mit ihren Bausenkontrollen am 25. September dieses Jahres (Neidenhall ist Waderst, im Sommer wird nicht gebaut) anging. Es kommen insgesamt sieben Unternehmer mit 16 Bauten in Betracht. Gebrauchsunfähiges, veraltetes Gerüstmaterial kam auf 3 Bauten vor. Ungenügender Bretterbelag wurde besonders auf 4 Bauten vorgefunden. Für Malerarbeiten waren überhaupt keine Gerüste gemacht; dreistöckige Gebäude werden von Leitern aus fertiggestellt. Die Baustreppen waren in 3 Fällen zu schmal. Schutzgeländer und Bordläden fehlten in 4 Fällen. Die Abdeckungen der Balkenlagen und die Beschläge waren in 2 Fällen nicht genügend. Nichtabgedeckte Räume waren in einem Falle nicht abgeschlossen. Ueberhand gemauert wird überall. Die Schutzgerüste waren in 2 Fällen gar nicht vorhanden, in den übrigen Fällen waren sie sehr mangelhaft. Bei Dachdeckerarbeiten war in 3 Fällen kein Schutzgerüst vorhanden. Für Dachreparaturen wurde kein Schutzgerüst hergestellt. Die Leitern übertragen in den seltensten Fällen die Gerüste um die vorchriftsmäßige Höhe, zerbrochene Sprossen werden durch augengetragene Laten ersetzt. Aufzüge waren in einem Falle nicht eingeschalt, in einem weiteren Falle geschädigt es nur auf Verlangen des Baulegeleiteten. Gerüstteile werden nicht geprobt. Eine Abprüfung der Baugruben findet in vorchriftsmäßiger Weise nicht statt. Winterbauten werden selten, nur bei Eintritt der kältesten Räfte abgeschlossen. Die Arbeiter sind also während der kalten Jahreszeit gegen Zugluft und Witterungseinflüsse nicht geschützt. Eine Heizbare, mit Jenseitern versehene Baudecke mit Sitzgelegenheit ist nirgend vorhanden. In einem Falle, selbst dort nicht (Mühlhofer & Pfahler), wo die Arbeiter ein wohnbares Gebäude nicht erreichen können. Die Arbeiter müssen selbst während der Mittagspause im Freien lagern. Eine Reinigung der Baubuden kommt in den seltensten Fällen vor. Meistens sind die Buden zugleich Werkzeug- und Materialhütte. In drei Fällen war kein Verbandstafeln vorhanden. In allen übrigen Fällen war er sehr mangelhaft. Es fehlten selbst die wichtigsten Gegenstände, wie Müllbänke, Gaze, Matte, Schwämme u. s. f. Selbst englisches Pfahler fehlte. Gemöblich haben die Polster die Kästen in ihren Buden. Gemauerte, in einen Kanal geleitete Abgruben sind nirgend vorhanden. Desinfektion ist für unsere Meißer auch seinem Inhalt nach ein Fremdwort. In einem Falle war gar keine Grube vorhanden, und dies war auf einem Kommunalbau. Gegen Witterungsverhältnisse ist man in den Aborten auf keinen Fall geschützt. Auf den Bauten herrscht im allgemeinen ein ewiger Gerüstmangel, der in den mangelhaftesten, zum Teil halb abgebrochenen Gerüsten zum Ausdruck kommt. Wie ist es nun möglich, daß trotz der landespolizeilichen Vorschriften solche Mißstände auf den Bauten vorkommen? Weil die zur Kontrolle beauftragten Behörden und sonstigen Organe entweder nicht die nötige Kenntnis oder nicht den guten Willen zum Eingreifen haben. Man will eben den „armen Unternehmern“ nicht zu viel Kosten machen: Die Ortspolizeibehörde, die das Recht hätte, die Bauten zu überwachen, macht eben nur Schritte, wenn sie von den Arbeitern gezwungen wird, wobei noch hinzukommt, daß die Leute, die dann auf die Bauten geschickt werden, keine Idee haben, wie es auf einem Bau aussehen soll. Und einen Sachkontrolleur anzustellen, das geben die Unternehmer im Magistrat doch wohl nicht zu. Eine Kontrolle von der Baugewerkschaftsgenossenschaft, die im Jahre zweimal stattfindet, ist selbstverständlich nicht geeignet, die Zustände auf die Dauer zu bessern. Auf jeden Fall muß die Regierung dafür sorgen, daß den Bestimmungen auch zur Geltung verholfen wird, und das kann nur geschehen, wenn stadt- und bezirksweise Kontrollkreise aus Arbeiterkreisen ange stellt werden. Diese Forderung wird die Bauarbeiter-Schutz in der nächsten Zeit energisch vertreten

Aus anderen Berufen.

Jr. Die französischen Gewerkschaften im Jahre 1906. Das französische Arbeitsamt veröffentlicht in seiner sechsten erschienenen Nummer die Statistik der französischen Arbeiter- und Unternehmerverbände. Obwohl diese Statistik überaus unzuverlässig ist und außerdem eine Reihe Mängel in der Prozedur aufweist, ist man doch geneigt, sie zu berücksichtigen, da sie die einzige Statistik ist, die Aufschluß über die Stärke der französischen Gewerkschaften gibt. Da alle Vereine bei ihrer Gründung sich anzumelden haben, besitzen die politischen Behörden eine ziemlich lächelnde Liste aller bestehenden Gewerkschaften, Unternehmervereine usw. An diese wird nun unterschiedenes der statistische Fragebogen verschickt, so daß unter den Gewerkschaften eine große Anzahl von Vereinen figurieren, die mit ihnen nichts zu tun haben. Außerdem kommt hinzu, daß es angeht sich der numerischen Schwäche der Organisation mit der Zahlenangabe nicht immer sehr genau genommen wird. Nach der amtlichen Statistik gab es Ende 1906 in Frankreich 6322 örtliche Syndikate mit 896 012 Mitgliedern, gegen 4857 Syndikate mit 876 134 Mitgliedern Ende 1905. Die tatsächliche Stärke der Gewerkschaften dürfte sich jedoch erheblich unter dieser Zahl befinden. So figurieren die Gruppe im Handel und Transport an erster Stelle mit 880 Syndikaten und 280 889 Mitgliedern. Es sind in Wirklichkeit in diese Gruppe nur zu zählen etwa 50 000 Eisenbahner, 30 000 Handels-

angestellte und im günstigsten Falle noch 40 000 sonstige Transportarbeiter. Die anderen Vereine sind Unternehmungsvereine, die mit gewerkschaftlichen Bestrebungen nichts zu tun haben noch zu tun haben wollen. In den übrigen Gruppen ist das Verhältnis zwar bedeutend besser, aber auch hier sind die Zahlen mit einiger Reserve aufzunehmen. Es hatten Mitglieder: Gruppe Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei 51 407 (= 1,76 pzt. der Beschäftigten), Bergbau 84 194 (85,46), Steinbrüche 8982 (14,84), Lebensmittelgewerbe 48 353 (7,92), chemische Industrie 35 558 (31,25), Papier- und poligraphische Industrie 28 706 (20,91), Lederindustrie 30 877 (20,60), Textilindustrie 78 854 (13,15), Bekleidungsindustrie 26 871 (6,11), Metallindustrie 86 124 (15,29), Metallindustrie 108 835 (18,70), Baugewerbe 66 678 (12,51), Glas- und Tonindustrie 19 591 (13,05), Domestiken und persönliche Bedienung 16 603 (1,63), freie Berufe, Ärzte und Apotheker 20 550 (12,82). Das ergab eine Durchschnitt von 18 pzt. Organisiert in Verhältnis zu den Beschäftigten. Wie wir schon angedeutet haben, dürfte der Prozentsatz, soweit Gewerkschaften in Betracht kommen, erheblich niedriger sein. Die letzte Gruppe ist fast völlig zu freieren. Ueber die Kaszengabeung der Gewerkschaften sind lediglich die Subventionen der Gemeinden und Departements verzeichnet, die Frs. 450 000 betragen. Außerdem ist noch die kostenlose Ueberlassung und Instandhaltung der „Arbeitsbüros“ seitens der Gemeinden zu vermerken, deren es 131 gibt. Publikationsorgane und Jahresberichte gab 30 Verbände und 189 Syndikate heraus. Unternehmervereine gab es 2612 mit 315 271 Mitgliedern gleich 23,34 pzt. Die Unternehmer sind also weit besser organisiert.

Verschiedenes.

Die ungeheure Kraft des fließenden Wassers. Daß bewegtes Wasser gelegentlich eine ungeheure Kraft besitzt, wird unserer Vorstellung zugänglich, wenn wir mitunter große Blöde sehen, die von den brandenden Meereswellen am Strande oder von einem Strom bei Hochflut auf mehr oder weniger beträchtliche Entfernungen verschoben worden sind. Immerhin erscheinen die Leistungen des fließenden Wassers, die auf diesem Wege angezeigt werden, wegen der Größe und des Gewichtes der Blöde fast unbegreiflich. Man muß schon längere Zeit am Meeresufer oder an einem Gebirgsabhang gewohnt haben, um mit solchen gewaltigen Vorgängen in der Natur vertraut zu sein. Niemals zuvor vielleicht ist ein so außerordentliches Beispiel für die Gewalt fließenden Wassers geliefert worden wie unlängst am Nil bei Wifuan. Dort sind zur Aufpeicherung der Nilflut und zu deren Verwertung für künstliche Bewässerung in der trockenen Jahreszeit außerordentlich große Staubecken angelegt worden. Zu gewissen Zeiten sind enorme Wassermengen in dem Becken eingeschlossen, so daß dessen ganze weite Fläche über 18 m hoch bedeckt ist. In der Umfassungsmauer sind Schleusenöffnungen angebracht, die das Wasser nur allmählich abfließen lassen sollen. Die Auslässe befinden sich in verschiedener Höhe, und je nach dem Wasserstand im Innern werden die einen oder anderen benutzt, so daß nie ein größerer Höhenunterschied zwischen der Oberfläche des Wassers im Innern und der Stelle des Ausflusses stattfinden soll als ein solcher von 9 m. Unter diesen Umständen soll die Geschwindigkeit des austretenden Wassers 11 m in der Sekunde nicht übersteigen. Trotz dieser Vorichtsmaßregeln und obgleich der Boden des alten Nilkatarakts, in den das Wasser ausmündet, aus einem feinsten feinsten Felsboden besteht, hat das ausfließende Wasser unlängst einen Wod von über 5 m Länge über 3/4 m Breite und über 2 m Tiefe fortgeführt und gegen das Mauernetz des Staubeckens geworfen. Das Gewicht dieses Felsblockes ist auf wenigstens 60 Tonnen oder 1200 Bentner geschätzt worden.

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 12 des 24. Jahrganges. Aus dem Inhalt, heben wir hervor: Sandkloßler. — Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg? Jahresüber den Ursprung des Deutsch-Französischen Krieges. Von W. von Muehlenheim jun. (Rotterdam). — Das Problem der Arbeitsverteilung. Von Ernst Lange. — Zur Gesundheitsfrage der schicksaligen Textilarbeiter. Von Hermann Jadel. — Die technischen Angelegenheiten und das Erdbeben. Ein Kapitel über die Ausbeutung des neuen Mittelalters. Von Paul Lange (Hamburg). — Literarische Rundschau: Die Mutter als Erzählerin. Von C. Z. Erinnerungen der Kaiserin Katharina II. Von F. M. — Notizen: Morgan, Ancient Society. Bankrotte in Amerika.

„**Süddeutscher Postillon**“ Nr. 26. Sie bringt als farbige Zielbild: Liberaler Weinachtswunsch. Von den beiden Zielbildern zeigt das eine den Kaiser in seiner feierlichen Verkleidung auf dem Meere der Weltpolitik, das andere den stolzen Wäld, bekämpft von Holstein. Das letzte Farbenbild bietet ein herrlich bunter neuer Sternern mit der dazu gehörigen kräftigen Schraube. Auf derselben Höhe steht der Text. Zu dem mit dieser Nummer schließenden Jahrgang wird Titel und Inhaltsverzeichnis auf Verlangen geliefert. Der Postillon kostet pro Nummer 10 s.

Briefkasten.

Stuttgart. Wir nehmen doch beinahe alle solche Mißbräuche und Absichten nicht auf, die mißbilligt der zuständigen Verammlung getan werden.
Greene. Das ist ein trauriger Verammlungsbericht: schlechter Besuch, Referat nicht gehalten, aber abdrucken brauchen wir das doch nicht.
Stargard, R. A. Da wir die Zuschrift des Gewerkschaftsvorstandes abgedruckt haben, lassen wir Deine zurück.
Homboldt, R. D. Der „Grundstein“ geht Dir in Zukunft unmont zu.
Lohau, F. B. Auf der Verammlungsanzeige fehlte die Angabe, an welchem Tage die Verammlung sein sollte, wir konnten darum nichts damit anfangen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Sterbefälle der Verbände mit Angabe von deren und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 s.)

- Wlfed.** Am 12. Dezember starb unser Kollege **Wilh. Westermeyer** im Alter von 81 Jahren bei einer Operation.
 - Berlin.** Gr.-Büchtereife. (Verspätet bekannt geworden). Am 15. Dezember ist der Mitbegründer und langjähriger Schriftführer unserer Zahlstelle, Kollege **Albert Sange**, gestorben. Er wurde mit einem Schädelbruch tot aufgefunden.
 - Frankenhausen.** Am 18. Dezember starb unser Verbandskollege **Friedrich Schlegel** aus Seehausen infolge eines Unfalles beim Ausbau eines Schachtes.
 - Guben.** Am 14. Dezember starb unser treues Mitglied **August Karmeser** im Alter von 29 Jahren an Lungenschwindsucht.
 - Sannover.** Am 10. Dezember starb an den Folgen des Dedeneinsturzes am Provinzialsteueramt unser Kollege **Wilh. Geschwander** im Alter von 46 Jahren. — Am 12. Dezember starb unser Kollege **Fritz Timmermann** im Alter von 37 Jahren an Magenleiden.
 - Heilbronn.** Am 14. Dezember starb unser treues Mitglied **Gottlieb König** im Alter von 54 Jahren durch einen Berufsunfall.
 - Karlsruhe.** Am 16. Dezember starb unser treuer Verbandskollege und Vorsitzender der Zahlstelle 28 f i f f i n g e n **Heinrich Hamm** im Alter von 34 Jahren an Lungenerkrankung.
 - Posen.** Am 15. Dezember starb unser Kollege **Otto Kansen** im Alter von 50 Jahren an Herzschlag.
 - Simmerode.** Am 18. Dezember starb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied **August Schütte** im Alter von fast 42 Jahren an Sodenentzündung.
 - Titau.** Am 14. Dezember starb unser treuer Verbandskollege **Gustav Köhler** im Alter von 62 Jahren an Lungenerkrankung.
- Ehre ihrem Andenken!

Magdeburg.

Der Zweigverein Magdeburg sucht zum 1. Februar 1908 ein

Lokalbeamten.

Nur ein durchaus fähiger Kollege wird berücksichtigt. Neben rechnerischer Begabung wird verlangt die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung, sowie Buch- und Kassaführung im Verband. Dem Bewerbungsverfahren ist ein Nachweis der bis jetztigen und ein Auftrag über die Aufgaben eines Lokalbeamten beizufügen. Berücksichtigt werden nur Kollegen, die mit den Verhältnissen im Magdeburger Lohngebiet vertraut sind, mindestens fünf Jahre dem Verbandsangehörigen und die sich auch politisch im Sinne der Arbeiterbewegung betätigen. Bewerber werden erucht, ihre Schriften mit der Aufschrift „Lokalbeamter“ bis spätestens den 10. Januar 1908 an Unterzeichneten einzusenden.

A. Brüggemann, Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3, 3. Et.

Meerane i. S.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist jetzt: **August Heinze, Hofstr. 26** :: Der Vorstand. [M. 1,80]

Mewe i. Westpr.

Wittmoos, den 1. Januar 1908, Abends 7 Uhr:

Zweites Stiftungsfest

bei Herrn Domsta. Sämtliche Kollegen von Mewe und Umgegend sind hierzu freundschaftlich eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Verfallungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verfallungen zu befrachten.

- Verbandsverfallungen der Mauer.** Sonntag, den 29. Dezember.
- Bayreuth.** Nachm. 2 Uhr in den „Zentralhallen“.
- Bitterfeld.** Nachm. 3 Uhr im „Hohensollern“. Vorstandsbesuch.
- Domingstag, den 2. Januar.**
- Danzig.** Abends 8 Uhr bei Herrn Stephanus in Schiffsb. T.-D.: Die Pläne unserer Sparmacher. Referent: Kollege Treder.
- Sonntag, den 5. Januar.**
- Nieder-Ingelheim.** Nachm. 4 Uhr bei J. Wörlan, Zum Gartenfeld.
- Ribnitz.** Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Montag, den 6. Januar.**
- Bamberg.** Vorm. 10 Uhr in der „Weißen Hofe“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.